

A black and white portrait of Karl Marx, showing his head and shoulders. He has a full, white beard and is wearing a dark coat. The portrait is set against a light background and is partially obscured by a large, semi-transparent quote mark graphic.

SPD

DIE PHILOSOPHEN
HABEN DIE WELT
NUR VERSCHIEDEN
INTERPRETIERT;
ES KOMMT ABER
DARAUF AN, SIE ZU
VERÄNDERN.

200 JAHRE **KARL MARX**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD Parteivorstand
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

DRUCK

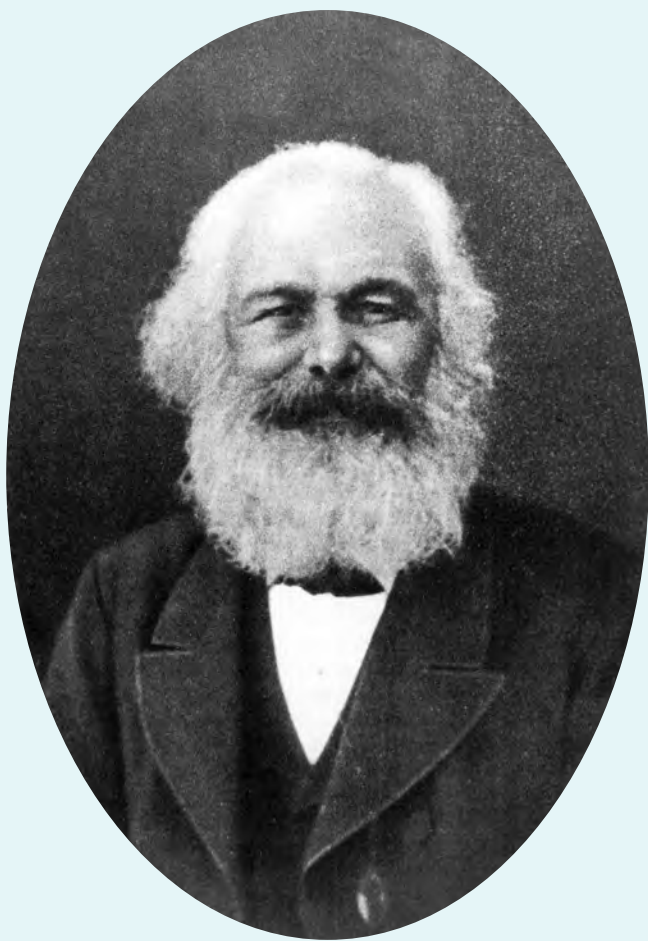
Dräger & Wullenwever print+media Lübeck GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

CHRISTIAN KRELL
THOMAS MEYER
KLAUS-JÜRGEN SCHERER

200 JAHRE
KARL MARX



200 JAHRE **KARL MARX**

INHALT

1.	Einleitung: Über die Aktualität von Marx	7
2.	Zur Biographie von Marx	13
3.	Marx in seiner Zeit: Der Zwiespalt in seiner Emanzipationstheorie	21
4.	Marx auf dem Weg zum Reformsozialismus	37
5.	Marx und SPD in der Bundesrepublik	48
6.	Marx im digitalen Kapitalismus	64
7.	Wie weiter mit Marx?	73
8.	Literaturauswahl	76
9.	Autoren	78

Das Kapital.

Kritik der politischen Oekonomie.

Von

Karl Marx.

Erster Band.

Buch I: Der Produktionsprocess des Kapitals.

Hamburg

Verlag von Otto Meissner.

1867.

New-York: L. W. Schmidt, 24 Barclay-Street.

1.

EINLEITUNG: ÜBER DIE AKTUALITÄT VON MARX

Zweifelsohne ist Karl Marx wie Freud, Darwin oder Einstein einer der ganz großen Welterklärer, die gewissermaßen zu unserer kulturell-intellektuellen DNA gehören. „Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx“, pflegte Oswald von Nell-Breuning, der Nestor der katholischen Soziallehre, zu sagen. Erst recht hat Marx die Sozialdemokratie geprägt, die sich spätestens 1891 mit dem Erfurter Programm bis zum Godesberger Programm 1959 als genuin marxistische Partei verstand. Karl Marx hat für die SPD seit über 150 Jahren große Bedeutung, auch wenn dies zeitweise verdrängt wurde, etwa durch die Konfrontation mit dem Marxismus-Leninismus des Sowjetsystems und während des Wirtschaftswunders der Nachkriegszeit.

Marx ist nicht der einzige Ahne der SPD, aber eben ein besonders wichtiger:

„Wen immer man zu den Ahnherren der SPD zählt – Ferdinand Lassalle, Bebel, Liebknecht, Marx und Engels –, sie alle wussten, dass der Kampf der Entrechteten, der breiten Schichten um soziale Emanzipation nur im Verbund mit dem Kampf um Demokratie Erfolg haben kann. Es ist der Kampf gegen die Vergewaltigung des Menschen und seiner Freiheiten, das Ringen um Gerechtigkeit und Solidarität in den zwischenmenschlichen Beziehungen, der sich durch alle Programme hindurchzieht. Im freiheitlichen, demokratischen Sozialismus lebt über alle Zeitläufe hinweg die Zuversicht in die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu

gestalten. Nein, einen Bruch in den Wert- und Zielsetzungen der Sozialdemokratie gibt es nicht,“ so Willy Brandt 1978.

Und so heißt es in dieser Kontinuität im geltenden Hamburger Grundsatzprogramm der SPD (2007):

„In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie versteht sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat.“

Die SPD ist zwar keine marxistische Weltanschauungspartei mehr, in ihrem Begründungsppluralismus haben aber auf Marx zurückgehende Betrachtungen und Orientierungen nach wie vor ihren festen Platz.

Gewissermaßen ging das Luther-Jahr nun 2017/18 in das Gedenkjahr an Karl Marx über: 150 Jahre „Das Kapital“, 100 Jahre Russische Revolution 1917 und Deutsche Revolution 1918/19, vor allem der 200. Geburtstag des Vordenkers am 5. Mai 2018, irgendwie gehört auch dazu: 50 Jahre „68“.

Marx, der 1989/90 mit der Implosion des sowjetkommunistischen Imperiums gänzlich out zu sein schien, feiert ein unverhofftes Comeback: Kaum ein Buchverlag, der derzeit keinen Titel über den Jubilar im Programm hat. Bereits vor Jahren wurde „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ von Thomas Piketty, der empirisch zeigt, wie Ungleichheit zunimmt, wo der Kapitalgewinn die Wachstumsrate übertrifft, zu einem Bestseller. Jetzt kommt Jürgen Neffe in einer wuchtigen Marx-Biografie zu dem Ergebnis, dieser sei aktueller denn je „und in Anbetracht des Wankens der politischen Systeme ist sein Wirken noch lange nicht vollendet“. Da beschreibt Christina Morina, wie Marx' Ideen nach seinem Tode aufgenommen wurden und sich über ganz Europa verbreiteten. Zahlreich sind die Sammelbände, die nach seinem Erbe fragen, sogar die grundlegende Einführung in Marx von Iring Fetscher und selbst der erste Band *Das Kapital* wurden neu aufgelegt.

Zudem taucht Marx in letzter Zeit vielfältig in Theater, Film und Fernsehen auf, von der Inszenierung *des Kapitals* des „Rimini-Protokolls“ im Düsseldorfer Schauspielhaus über den Kinofilm „Der junge Karl Marx“ von Roal Peck, einem Lehrstück der Vorgeschichte des *Kommunistischen Manifests*, bis hin zum ZDF-Film „Der deutsche Prophet“ mit Mario Adorf.

Da macht nun Trier dem „Nischel“, dem einschließlich Sockel 13 Meter hohen Marx-Kopf in Chemnitz (1953 bis 1990 Karl-Marx-Stadt) Konkurrenz. Über das chinesische Generalkonsulat wurde die mit Sockel über 5 Meter hohe Bronzestatue von Karl Marx des chinesischen Künstlers Wu Weishan der Moselstadt spendiert. In der FAZ war angesichts der Debatte, ob sie wirklich und wo aufgestellt werden sollte, zu lesen, die chinesische Botschaft habe hervorgehoben, die Statue sei „ein freundliches Geschenk, und es soll bitte weder überinterpretiert noch politisiert, ideologisiert werden.“ Wohl ganz in diesem Geiste trägt jetzt auch ein neuer ICE der vierten Baureihe den Namen Karl Marx – er hatte sich gegen die Vorschläge Helmut Kohl und Helmut Schmidt durchgesetzt.

Aber Marx taugt immer noch als Schreckgespenst. Wenn in der Neuen Rechten das Feindbild: Multikulturalismus, politische Korrektheit, Gutmenschentum auf den Punkt gebracht wird, heißt dieses – vom norwegischen Massenmörder Breivik bis zur (hoffentlich) demokratischen AfD-Politikerin Alice Weidel – immer mal wieder „Kulturmarxismus“. Und im Namen der Opfer der DDR forderte der Generalsekretär des CDU-Wirtschaftsrates Wolfgang Steiger die flächendeckende Umbenennung von Straßen und Plätzen in Ostdeutschland, denn 2016 war Karl-Marx dort immer noch 550-mal der mit Abstand beliebteste Name.

Den Marxismus als Staatsideologie, der kommunistische Parteiherrschaft rechtfertigen will, findet man nur noch in wenigen Ländern. So falsch es immer schon war, alles auf die Blockkonfrontation zu reduzieren, heute sind die wichtigsten Probleme einer unfriedlichen, ungleichen, ökologisch gefährdeten Welt nun wirklich nicht mehr auf falsche Ideen und Dogmen, die sich auf Marx berufen, zurückführbar. Unser Blick kann sich wieder öffnen auf den eigentlichen und außerordentlich facettenreichen, auch widersprüchlichen Denker, Publizisten, Wissenschaftler und Politiker Marx.

So heißt es auch aus der Trierer Stadtverwaltung, „wir wollen ihn nicht glorifizieren, sondern uns kritisch mit ihm auseinandersetzen“. Dazu bieten Ausstellungen oder das von der Friedrich-Ebert-Stiftung neueröffnete Geburtshaus Gelegenheit. Darüber hinaus wird der große Sohn der Stadt mit Diskussionsveranstaltungen, Festakt, Volksfest usw. geehrt, sogar mit einem Karl-Marx-Wein. Dieser hat ebenfalls eine historische Grundlage, schließlich besaß die Familie Marx tatsächlich Rebstöcke und eine erste Publikation widmete der junge Marx den Nöten der Moselwinzer.

Vielleicht kann die weltoffene Toleranz, wo andere Abgrenzung und Kulturkampf fordern, auch als Vorbild wirken: Die katholische Bischofsstadt würdigt schließlich den Sohn eines zum Protestantismus konvertierten ursprünglich jüdischen Rechtsanwal-

tes, in dessen materialistischem Welt- und Menschenbild Religionskritik eine wichtige Rolle spielte.

Auch die Wirkungsgeschichte des Lehrgebäudes, das nach seinem Tod von sozialdemokratischen Intellektuellen errichtet wurde, die ausgehend von Friedrich Engels um den richtigen Weg zum Sozialismus stritten, ist vielfältig. Natürlich gibt es die Interpretationslinie, die, wie zurechtgebogen und verfälscht auch immer, hin zum Marxismus-Leninismus führte. Doch war der Marxismus im ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, mit dem Ziel für alle Menschen eine Gesellschaft gleicher Freiheit anzustreben, eben auch die große demokratische Gegengenzählung zum Gift des Nationalismus, zu dem das Autoritäre, Imperialismus und Rassismus, sowie der Antisemitismus gehörte.

Überall auf der Welt, wo von Gerechtigkeit und sozialem Widerstand die Rede ist, taucht Marx nach wie vor auf: von einem Marx-Abend in Köln auf der „phil.cologne“, wo philosophisch gefragt wird, ob er nicht doch Recht hatte, bis hin zum „Block der Töchter und Söhne von Marx“ auf den Demonstrationen beim Weltsozialforum in Salvador da Bahia.

Und selbst Namensvetter Kardinal Reinhard Marx meint, die katholische Soziallehre verfolge ähnliche Interessen wie Marx und betont, dass die ökonomischen Analysen des Trierer Philosophen „in Zeiten eines wieder primitiven, globalen und durch die Digitalisierung beflügelten Kapitalismus erstaunliche Aktualität“ besitzen. Das Bonmot des Publizisten Ernst Lewalter von 1930 scheint nach wie vor berechtigt:

„Solange es Menschen gibt, die ihr Handeln nach marxschen Überzeugungen ausrichten, so lange ist Marx nicht widerlegt – denn eben dies war ja seine Erwartung, dass es solche Menschen geben werde.“

Der Marxismus als erlösende Weltanschauung, als proletarische Revolutionslehre und Staatssozialismus ist vergangen, doch der voreilig totgesagte Marx ist wiedergekehrt. Der Historiker Jürgen Kocka meinte jüngst:

„Karl Marx kehrt einerseits in unsere Gegenwart, aber andererseits in seine Geschichte zurück. Nicht nur findet eine oft problematische Aktualisierung seines Werkes statt, sondern auch eine gründliche Historisierung seines Lebens und Wirkens, die ihm, vielleicht zum ersten Mal, wirklich gerecht wird.“

Man kann ihn heute kaum verantwortlich machen für Einparteienherrschaft, die sich auf ihn beruft, erst recht nicht für einen Turbokapitalismus, der sich mit ihm dekoriert. Eher fällt der Blick wieder auf Marx als Denker und Kritiker. Der bedeutende Philosoph, Ökonom und Historiker hat uns, gerade im globalisierten und digitalen Kapitalismus, möglicherweise wieder etwas zu sagen. Bei aller Flexibilität und grundlegend gewandelten Zeiten zum Trotz verweisen neue Ungleichheiten und Konflikte, Finanz- und Wirtschaftskrisen, globale Ausbeutung und Umweltzerstörung wieder auf das Zerstörungspotential des Kapitalismus. Fragen grundlegender demokratischer Gesellschaftsreform kommen an Marx auch heute nicht vorbei, vor allem nicht an seiner Erkenntnis, dass die Destruktionskräfte des reinen Kapitalismus umso verheerender sind, desto reiner die Kapitallogik herrscht. Jedenfalls lag Friedrich Engels mit seiner Prognose, Marx' Name werde durch die Jahrhunderte fortleben und auch sein Werk, gar nicht so falsch.

”

*Solange es Menschen
gibt, die ihr Handeln
nach marxschen
Überzeugungen
ausrichten, so lange
ist Marx nicht
widerlegt –
denn eben dies war
ja seine Erwartung,
dass es solche
Menschen geben
werde.*



2.

ZUR BIOGRAPHIE VON MARX

Karl Marx war eine Wucht. Dunkle Haare und ein dunkler Teint. Ein mächtiger, schwarzer Bart, später grau. Mit selbstsicherem Auftritt und eindrucksvoller Gestik. So wird Marx von Zeitgenossen beschrieben. Aber mindestens ebenso beeindruckend wie seine äußere Erscheinung muss sein Reden gewesen sein: Blitzgeschwindigkeit, mit hoher Energie und großer Überzeugungskraft.

Hier soll das Leben von Marx skizziert werden. Abhandlungen zu seinem Leben gibt es jede Menge, von kurzen Lexika-Artikeln bis hin zu dicken Biographien. Deshalb wird an dieser Stelle nicht der Lebensweg von Marx im Detail nachgezeichnet, sondern in einem groben Überblick sollen drei Stationen in den Blick genommen werden, die besonders prägend für Marx Leben, für sein politisch-philosophisches Werk und für seine Wirkung waren. Zunächst die erste Phase seines öffentlichen Wirkens, als Redakteur der Rheinischen Zeitung 1842/1843. Hier zeigt sich besonders gut die Entwicklung seines Denkens hin zum „Kommunismus“ seiner Zeit und die Entfaltung seiner Fähigkeiten als Autor. Zweitens soll der Blick auf das Revolutionsjahr 1848 gelenkt werden. Es ist die Phase, in der Marx vom Revolutionär zum unmittelbaren politischen Akteur wurde. Drittens schließlich die lange Phase des Londoner Exils von 1849 bis zu seinem Tod 1883, in der Marx an seinem Großwerk *Das Kapital* arbeitete und zunehmend zu einer zentralen Bezugsperson für die überall in Europa entstehende Arbeiterbewegung wurde.

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier geboren. Die Zeit, in die der künftige Revolutionär hineingeboren wurde, war selbst eine nach-revolutionäre Zeit. Die Französische

Revolution von 1789 hatte jahrhundertalte Gewissheiten und Ordnungen in Frage gestellt. Plötzlich sollte der dritte Stand, die arbeitende Klasse, die Macht im Staat übernehmen können. Die Idee gleicher Rechte für alle, einfach aufgrund ihres Menschseins, war in der Welt und nicht mehr zurück zu holen. Die Vorstellung, dass letztlich alle gegebenen Verhältnisse auf einen Gott zurückzuführen seien, wurde erschüttert durch die Philosophie der Aufklärung. Für viele wurde nun die menschliche Vernunft der entscheidende Maßstab. Mächtige Kräfte versuchten den Fortschritt zurückzudrängen. Aber: Der Geist war aus der Flasche.

Das war der historische Hintergrund, vor dem sich das Leben von Marx entfaltete. Marx wuchs in dieser Phase des Umbruchs als Sohn einer nicht reichen, aber doch wohlhabenden Familie auf. Seine Vorfahren waren berühmte Rabbiner, sein Vater allerdings – ein Anwalt – konvertierte zum Christentum. Schon in seiner Jugend kam Marx in Kontakt mit sozialistischen Ideen. Die Arbeiten des französischen Frühsozialisten Henri de Saint-Simon führten bei Marx zu einer frühen Beschäftigung mit der Frage der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Saint-Simon forderte etwa, dass nur diejenigen vom gesellschaftlichen Reichtum profitieren sollten, die ihn erarbeiten, Adelige oder Aktionäre aber nicht.

Zunächst schien es wenig wahrscheinlich, dass Marx sich als politischer Aktivist oder Philosoph betätigen würde. Er wollte Dichter werden. Die Idee, obwohl gescheitert, hinterließ doch Bleibendes. Zeitlebens finden sich in den Schriften von Marx literarische Bezüge, häufig gibt es Referenzen zu klassischen Werken oder Auseinandersetzungen mit zeitgenössischen Autoren.

Noch weitreichender aber war die Prägung, die Marx während seines Studiums erfuhr. Nach einigen Semestern Rechtswissenschaften in Bonn studierte Marx ab 1836 in Berlin Philosophie. Die Philosophie in Berlin war, wie das geistige Leben Deutschlands in diesen Jahren insgesamt, stark von dem wenige Jahre zuvor verstorbenen Georg Wilhelm Friedrich Hegel beeinflusst. Ähnlich wie später Marx bot das Werk Hegels Anknüpfungspunkte für ganz unterschiedliche Positionen und Interpretationen. Er war der philosophische „Rockstar“ dieser Tage und sein Einfluss auf Marx ist kaum zu überschätzen.

Hier kam Marx mit der Idee einer dialektischen Entwicklung in Berührung. Die Welt ist in steter Entwicklung begriffen. Sie wird angetrieben von inneren Widersprüchen, die schließlich durch einen Kampf überwunden und in einer neuen Stufe gesellschaftlicher Entwicklung aufgehoben werden. Diese Vorstellung einer Entwicklung der mensch-

lichen Gesellschaft in der sich wiederholenden Folge der Schritte These, Anti-These und Synthese prägte maßgeblich Marx' Bild der Geschichte.

Aber nicht nur ideengeschichtlich waren die Berliner Jahre wichtig für Marx. Er wurde dort Teil eines mehr oder weniger losen Netzwerks von politisch fortschrittlich orientierten, jungen Akademikern, den Jung-Hegelianern. Diesem Kreis kann Marx für eine Phase seines Lebens zugerechnet werden. Dieses Netzwerk brachte ihn über einige Umwege zurück ins Rheinland.

CHEFREDAKTEUR MIT POLITISCHEM ANSPRUCH

Marx' Werdegang verlief nach dem Abschluss seiner Dissertation nicht wie geplant. Eine Habilitation an der Uni Bonn scheiterte an den politischen Umständen. Marx kam rasch in Kontakt mit einigen fortschrittlichen Kräften, die der preußischen Monarchie kritisch gegenüberstanden. Im Rheinland der 1840er Jahre ging mit der zunehmenden Industrialisierung die Herausbildung liberaler, aufgeklärter, häufig von Hegel inspirierter Kreise einher. Die publizistische Plattform dieser Kreise war die „Rheinische Zeitung“, an der Marx zunächst als Redakteur mitwirkte und die er wenig später als Chefredakteur leitete. Die Auflagenzahl des Blattes steigerte sich unter Marx' Einfluss rasant; von 866 gedruckten Exemplaren auf bald 3000.

Diese erste der hier gründlicher zu behandelnden Phasen seines Lebens ist aus mindestens drei Gründen so wichtig:

Erstens zeigte sich hier, dass Marx nicht nur philosophisch zu wirken gedachte im Sinne einer abgehobenen akademischen Wissenschaft, sondern auch praktisch-politisch den Gang der Dinge beeinflussen wollte. Sein berühmter Spruch, dass die Philosophen die Welt nur verschieden interpretiert hätten, dass es aber darauf ankomme, sie zu verändern, schlug sich hier nieder. Und die Instrumente, die Marx dazu nutzte, waren abgesehen von wenigen Phasen in seinem späteren Leben nicht die unmittelbare Organisation der Arbeiterklasse oder die Mitwirkung in politischen Gremien, sondern das Schreiben von Texten, die der Arbeiterbewegung Orientierung geben sollten. In den langen, oft 30 oder 40 Seiten umfassenden Artikeln der Rheinischen Zeitung entfaltete sich sein Talent in dieser Hinsicht zum ersten Mal deutlich sichtbar. Scharf, manchmal polemisch, mitreißend, engagiert, so lesen sich seine Texte noch heute.

Zweitens zeigten sich hier schon eine ganze Reihe der Themen, die ihn zeitlebens beschäftigen werden. Er verband die Auseinandersetzung mit ganz praktischen Fragen

der Zeit mit grundsätzlichen und übergreifenden Ideen. In seinem engagierten Eintreten für die Pressefreiheit wurde klar, dass es Marx um die Freiheit jedes Einzelnen ging. In der Auseinandersetzung um ein Ehescheidungsgesetz zeigte Marx, dass Gesetze demokratisch entstehen müssen. Und in einer Abhandlung über Holzdiebstahl verdeutlichte er, dass die Gegensätze von Kapital und Arbeit überall wirksam sind und dass eine fortschrittliche Bewegung immer eine internationale Perspektive hat: Holz bleibt Holz in Sibirien wie in Frankreich; Waldeigentümer bleibt Waldeigentümer im Kamtschatka wie in der Rheinprovinz.

Drittens beschäftigte er sich bei der Rheinischen Zeitung zum ersten Mal engagiert mit ökonomischen Fragen. In mehreren Abhandlungen zur Lage der Weinbauern an der Mosel – Marx' Familie besaß selbst einen Weinberg – kam es zur ersten umfassenden Auseinandersetzung mit den ökonomischen Verhältnissen. Das führte Marx zum Sozialismus. Der intensive Austausch mit dem Frühsozialisten Moses Hess, der in der Rheinischen Zeitung mit Marx zusammenwirkte, beförderte den Blick auf Kernfragen wie die Rolle des Privateigentums.

Die Rheinische Zeitung wurde 1843 verboten. Marx verlor damit nicht zuletzt seine materielle Lebensgrundlage. Die folgenden Jahre muss man als „rush hour“ im Leben von Marx beschreiben. Nach Köln folgten Stationen in Paris und Brüssel, immer wieder wurde er ins Exil getrieben, er heiratete Jenny von Westfalen, wurde Vater, schloss Freundschaft mit Heinrich Heine, engagierte sich im „Bund der Kommunisten“ und vielleicht am wichtigsten: Er knüpfte die Freundschaft mit Friedrich Engels, die ein Leben lang hielt.

Die Bedeutung dieser Beziehung für das weitere Werk von Marx und für die Nachwirkung seines Werks ist nicht zu überschätzen. Marx' Biograf Neffe spricht zurecht unter der Überschrift „Bis dass der Tod Euch scheidet“ vom „Kreativteam Marx & Engels“. Ohne den Fabrikantensohn und erfolgreichen Unternehmer wäre das Werk von Marx zweifellos nicht so umfangreich ausgefallen, es wäre weit weniger bekannt und es hätte kaum die Arbeiterbewegung so inspiriert. Aber Engels war auch ein Denker eigenen Ranges, ein scharfer Analytiker und ein genauer Beobachter der sozialen Realität, der Marx unter anderem das entscheidende Handwerkszeug für seine ökonomischen Analysen vermittelte. Fortan wurden Marx' Analysen stärker ökonomisch fundiert, aus dem Hegelianischen Idealisten wurde mehr und mehr ein Materialist, der die Ökonomie als Grundlage der gesellschaftlichen Verhältnisse sah.

In dieser Zeit stieß auch Helene Demuth zum Marxschen Haushalt. Sie wurde als Haushaltshilfe nach Brüssel geschickt, um die junge Mutter und Ehefrau Jenny Marx

zu unterstützen und war bald weit mehr als eine Haushaltshilfe. Sie organisierte den Haushalt, war wichtige Gesprächspartnerin und später heimliche Geliebte von Marx. Und bei den ständigen finanziellen Engpässen der Familie Marx nicht unwichtig: sie war in der Lage „unter schwierigsten finanziellen Bedingungen etwas zu Essen auf den Tisch zu bringen“, wie es hieß.

1848 – ENDLICH REVOLUTIONÄR

Im Frühjahr 1848 brach los, worauf Marx, Engels und andere fortschrittliche Kräfte gehofft hatten. Es kam zur Revolution, zunächst in Frankreich, dann in vielen Staaten Deutschlands und schließlich in anderen Ländern Europas. Und Marx war mittendrin!

Marx und Engels hatten sich an die Spitze einer politischen Gruppe gesetzt, die sich unter ihrer Führung vom „Bund der Gerechten“ in den „Bund der Kommunisten“ umbenannte. Hier kamen Frühsozialisten zusammen, häufig waren es Exilanten. Marx und Engels waren nicht zimperlich dabei, die Führung dieser Gruppe zu übernehmen. Die heftigen, durchaus persönlichen Auseinandersetzungen, die beide mit anderen Akteuren im „Bund“ führten, erinnern dabei an die noch heute heftigen Kontroversen innerhalb des linken Lagers. Die größten Feinde schienen nicht die Reaktionäre oder die Bourgeoisie zu sein, sondern die eigenen Genossen. Schließlich standen beide an der Spitze des „Bundes der Kommunisten“ und wurden 1847 beauftragt, das *Kommunistische Manifest* zu verfassen.

Als der kurze Text im Februar 1848 erschien, wurde er kaum zur Kenntnis genommen. Die revolutionären Ereignisse des Jahres hat er nicht beeinflusst. Aber dann wurde das *Kommunistische Manifest* einer der einflussreichsten Texte der Welt. Noch heute fasziniert es durch seine Mischung aus Analyse, mitreißendem Apell und sprachlicher Schärfe und Eleganz. Hier wurden die zentralen Gedanken des „Kommunismus“ in seiner von Marx und Engels ursprünglich festgelegten demokratischen Form prägnant entfaltet. Noch heute ist erstaunlich, mit welcher Klarheit ein globaler Kapitalismus beschrieben wurde, der, getrieben durch das Streben nach Profit und Vermehrung des Kapitals, vor nichts haltmacht – „alles Ständische und Stehende verdampft“ – und den Arbeiter und seine Arbeitskraft auf eine bloße Ware wie jede andere reduziert. Nur ein radikaler Bruch mit diesem Kapitalismus und seinem wesentlichen Element, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, kann die Arbeiter von entfremdeten Wesen zu freien Menschen werden lassen.

So einflussreich der Text später wurde, so sehr sind die unmittelbaren Ereignisse des Revolutionsjahrs 1848 über ihn hinweggegangen. Marx erlebte die Anfänge der Revolution in Paris, eilte dann an seine alte Wirkungsstätte nach Köln und machte das, was ihm wie so oft am erfolgversprechendsten erschien: eine Zeitung. Die Neue Rheinische Zeitung versuchte den Gang der Revolution zu beeinflussen, auch indem sie Brücken schlug zwischen unterschiedlichen fortschrittlichen Kräften. Die Revolution scheiterte, die Neue Rheinische Zeitung wurde verboten und Marx – wieder mal – ausgewiesen.

Mit knapp 30 Jahren hatte Marx – gemeinsam mit Engels – das Werk seines Lebens geschrieben, das sein Nachwirken prägte. Sichtbar war das noch nicht. Als Revolutionär musste er den Schluss ziehen, dass die Zeit für eine Revolution noch nicht gekommen war. 1848/49 war zunächst gescheitert. Und materiell stand er vor den Trümmern seiner Existenz. Wiederum ins Exil geworfen und ohne Mittel, denn die waren für die Neue Rheinische Zeitung verbraucht. Für die Fahrkarte nach London – der nächsten Station – legten Unterstützer zusammen. Einer von ihnen war der Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, aus dem später die SPD hervorging, Ferdinand Lassalle.

LONDON FÜR DEN REST DES LEBENS

Die Stationen in Marx' Leben lassen sich in den 1840er Jahren kaum nachvollziehen. Ständig schienen Orte und Beschäftigungen zu wechseln. Ein revolutionäres, wildes Leben muss das gewesen sein. Mit der Ankunft im Londoner Exil änderte sich das schlagartig. Die folgenden 34 Jahre verbrachte Marx – von gelegentlichen Reisen abgesehen – an einem Ort. Die Umstände, unter denen die Familie Marx lebte, waren schwierig. Die Beschäftigungen, die Marx vorübergehend hatte – etwa als Europa-Korrespondent der New York Daily Tribune – konnten den Lebensunterhalt nicht sichern und der Pfandleiher war ständige Anlaufstelle. Mitunter wurde die Familie auch aus bescheidenen Unterkünften hinausgeworfen, weil Marx keinen Kredit mehr bekam. Vier der sieben Kinder starben früh, nicht zuletzt wegen der prekären wirtschaftlichen Situation. In der Regel half Friedrich Engels mit erheblichen Mitteln über die Runden, wenn es wieder mal allzu eng wurde. Erst als Engels aus seinem Unternehmen austrat, sich auszahlen ließ und aus diesen Mitteln eine regelmäßige Lebensrente für Marx finanzieren konnte, besserten sich die materiellen Verhältnisse seiner Familie.

Die Bibliothek des British Museum wurde in den Londoner Jahren zum Ankerpunkt seines Alltags. Hier verbrachte er – wenn die zunehmenden Krankheiten es ermöglichten – den größten Teil des Tages und hier entstanden die wesentlichen Arbeiten,

die seine zweite Lebenshälfte auszeichneten. Angeregt durch die Bankenpleiten und die Wirtschaftskrise 1857 setzte sich Marx dabei vor allem mit ökonomischen Fragen auseinander. In seinen *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* wurden dabei zentrale Kategorien seiner ökonomischen Theorie wie Gebrauchswert und Tauschwert, Ware oder Arbeit und Arbeitszeit eingeführt, die er dann später in seinem Hauptwerk – *Das Kapital* (1867) – systematisch entfaltete. In diesem wuchtigen Werk, von dem nur der erste, immerhin rund 900 Seiten umfassende Band zu Marx Lebzeiten erschien, beschrieb er den Kapitalismus und seine Dynamiken umfassend und lieferte damit letztlich einen Versuch, die Entwicklung der modernen Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Darin mag einer der Gründe liegen, warum *Das Kapital* heute zum UNESCO-Weltkulturerbe gerechnet wird.

Es sind aber nicht nur theoretische Arbeiten, die Marx in den 1860er Jahren beschäftigten. Er nahm zum zweiten Mal nach 1848/49 eine aktive Rolle im politischen Leben ein. Er wirkte 1864 maßgeblich bei der Gründung der *Internationalen Arbeiter-Assoziation* in London mit (kurz: I. Internationale), verfasste ihre Statuten und ihre Programmschrift, die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Er war für einige Jahre der eigentliche Ideengeber und Anführer der Internationale und engagierte sich in ihr in hohem Maße, trotz der „ganzen ökonomischen Scheiße“, wie er die Arbeit am *Kapital* Engels gegenüber beschrieb.

Praktisch-politisch ähnlich bedeutend war auch der Austausch mit den sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konstituierenden Arbeiterbewegungen in den Ländern Europas. Dass er dabei vor allem mit den Vertretern der deutschen Arbeiterbewegung in Verbindung stand, lag nicht nur daran, dass sie aus seiner Heimat kamen und es langjährige Bekanntschaften gab, sondern auch daran, dass die deutsche Arbeiterbewegung damals die vielversprechendste und am weitesten entwickelte Organisation der Arbeiterklasse darstellte. Mit Lassalle, dem Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV 1863), hatte er sich überworfen, mit anderen wie Liebknecht pflegte er einen fast familiären Umgang.

Marx letztes Lebensjahrzehnt war zunehmend von Krankheit und persönlichen Krisen überschattet. 1881 starb seine Frau Jenny, seine älteste Tochter 1883. Zwei Monate später, am 14. März 1883, starb Marx im Alter von 64 Jahren.

FORTSETZUNG FOLGT

Marx war zum Zeitpunkt seines Todes keine prominente Person des öffentlichen Lebens. Seine Schriften waren nur einem Expertenkreis vertraut. Dass er dennoch eine der wirkmächtigsten Figuren der jüngeren Geschichte wurde, ist auch seinem Freund und Weggefährten Engels zu verdanken. Er ordnete den Marxschen Nachlass, vollendete und veröffentlichte unter anderem den zweiten und dritten Band des *Kapitals* und fügte das Werk von Marx zu einer geschlossenen Weltanschauung zusammen. Das daraus entstehende Bild, demzufolge es eine naturnotwendige Entwicklung hin zu einem Sieg der Arbeiterklasse geben werde, hat die Arbeiterbewegung in vielen Teilen der Welt inspiriert und motiviert. Es gibt nach allem, was wir wissen, keine nicht-religiösen Schriften, die eine weitere Verbreitung gefunden haben als das Werk von Marx.

Friedrich Engels mit Familie Marx
ca. 1866



3.

MARX IN SEINER ZEIT: DER ZWIESPALT IN SEINER EMANZIPATIONSTHEORIE

Alle bedeutenden intellektuellen Werke der Politik, der Philosophie oder der Literatur gewinnen ihr besonderes Format aus der Vielfalt ihrer Deutungsmöglichkeiten von Anfang an und im Wandel der Zeiten. Vollkommene Eindeutigkeit, gar Geschlossenheit ist eher ein Zeichen geringeren Ranges und begrenzter Bedeutung. Die großen Klassiker des Denkens sprechen in jeder Zeit wieder ganz neu zu den jeweiligen Generationen, so als hätten sie gerade die gegenwärtige Epoche mit den Antworten auf Fragen gemeint, die sich ihnen unter ganz anderen Bedingungen in ihrer Epoche gestellt hatten. Entscheidend dafür, ob die Deutungsvielfalt eine fruchtbare Rolle spielen kann, ist vor allem, ob die sinnstiftenden Grundideen der Theorie gewahrt oder verspielt werden. Zum Problem wird sie, wenn die jeweiligen Interpreten die ursprüngliche Botschaft des Werkes zugunsten ihrer eigenen Interessen ins Gegenteil verkehren. Mit diesem Problem war auch schon Marx selbst konfrontiert. Als seine beiden französischen Schwiegersöhne, Paul Lafargue und Charles Longuet, ihm in den 1870er Jahren einmal von ihnen verfasste Texte zur Verbreitung des, wie sie meinten „Marxismus“, stolz präsentierten, beschied der Meister sie nach kurzer Prüfung mit dem entschiedenen Verdikt: Dann bin ich kein Marxist.

EIN VIELGESTALTIGES WERK

Der Bogen der Marxdeutungen hat sich historisch so weit gespannt, dass Millionen Menschen in bestimmten Zeiten und Umständen in seiner eigentlichen Kernbotschaft, nämlich dem Ziel der vollendeten menschlichen Emanzipation, den Sinn der Geschichte und ihres eigenen Lebens fanden und bereit waren, sich für sie aufzuopfern. Während viele andere in ihm nicht viel mehr erkennen konnten als eine nützliche Methode der polit-ökonomischen oder kulturwissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Noch andere, die große Zahl der prinzipiellen Kritiker und Gegner, gar Feinde, in Wissenschaft und Politik, sahen im Marxschen Werk nicht mehr als eine verhängnisvolle Ideologie voller unhaltbarer Spekulationen, irreführender Deutungen, verlockender Versprechen und von gefährlicher Verführungsmacht. Und schließlich nutzten die zeitweilig mächtigsten unter seinen Nutzern, die Gefolgsleute W.I. Lenins in aller Welt einen zu diesem Zweck zurecht gebogenen Marxismus als Waffe im Kampf um die politische Macht, für ihre Eroberung und ihren Erhalt. Das begann vor 100 Jahren im roten Oktober im russischen Petrograd und währte bis das kommunistische Herrschaftssystem sowjetischer Prägung mit seiner widersprüchlichen Berufung auf die Verheißung von Marx in der demokratischen Revolution Osteuropas 1989 von seinen eigenen Bürgerinnen und Bürgern überwunden wurde.

Auch die Anhänger Lenins konnten einige Anhaltspunkte, die sie neu deuteten, für ihre besondere Lesart in den Texten von Karl Marx und Friedrich Engels finden, aber ihre Nutzungsweise widersprach dem ganzen Werk und seiner Zielsetzung. Die dazu entgegengesetzte, demokratische Lesart von Marx, verfocht während des ersten Dreiviertel Jahrhunderts ihrer Geschichte neben anderen Parteien der europäischen Arbeiterbewegung vor allem die Sozialdemokratische Partei in Deutschland. Diese hat nicht nur in den Schriften und in der tatsächlichen politischen Praxis von Karl Marx und Friedrich Engels ein solides Fundament. Sie wurde noch von letzterem sogar persönlich in seinem Kommentar zum berühmten Erfurter Grundsatzprogramm der Partei von 1891 und in seinen vielen direkten Gesprächen mit ihren führenden Vertretern jener Zeit bestätigt und mitgeprägt. Kein Wunder daher und schon gar kein Irrtum, dass sich die deutsche Sozialdemokratie seit der Zeit ihres Verbots unter dem Sozialistengesetz (1878–1890) bis zur Verabschiedung ihres Godesberger Programms von 1959 als eine vor allem von Marx' Lehre inspirierte Partei verstand. Als solche war sie die politische Hauptkraft bei der Einführung der ersten Demokratie in Deutschland 1918/19, die letzte glaubwürdige Bastion ihrer Verteidigung und schließlich zentrale Mitinitiatorin der demokratischen Neugründung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Um die Bandbreite der Perspektiven für das politische Handeln und die Schaffung einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu verstehen, die das Marx'sche Werk in seiner ursprünglichen Gestalt kennzeichnen, muss zunächst auf einige seiner besonderen Grundzüge aufmerksam gemacht werden: Es erstreckt sich auf die volle Distanz von vierzig in jeder Hinsicht überaus bewegten Jahren (1843 bis 1883), reagierte auf sehr unterschiedliche Anlässe und diente höchst unterschiedlichen Zwecken. Es war je nachdem sorgfältige wissenschaftliche Analyse und gelehrte Sozialphilosophie, Kommentar zu Zeitereignissen, politisches Programm und polemische Streitschrift. In diesen Jahrzehnten ereigneten sich unter anderem die europäische und die deutsche Revolution von 1848, die folgenreichen Bürgerkriege in Frankreich 1871 und in den USA 1861/65, die volle Entfaltung des Kapitalismus in Großbritannien und nachhinkend in Deutschland mitsamt den zugehörigen Wirtschaftskrisen, die Entstehung einer modernen Arbeiterklasse und der europäischen Arbeiterbewegung mit rasch wachsenden Gewerkschaften und sozialistischen Arbeiterparteien sowie erste Erfolge bei der politischen Zügelung des wilden Kapitalismus mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Einzug der Arbeiterparteien in die Parlamente.

In Marx persönlichem politischen Leben, das auf sein theoretisches Schaffen natürlich nicht ohne Einfluss blieb, finden sich: die Teilnahme an der deutschen Revolution als politischer Journalist, das Exil in Frankreich, Belgien und England. Er war Berater und leitender Funktionär in den frühesten internationalen Arbeiterorganisationen und immer wieder Protagonist in heftigen intellektuellen Scharmützeln mit wechselnden Gegnern innerhalb und außerhalb der gerade entstehenden internationalen Arbeiterbewegung. Und bei fast alledem war der exzellente Intellektuelle, Privatgelehrte, Fabrikant und Sozialist Friedrich Engels immer an seiner Seite – als Freund, Berater, Koautor und schließlich als maßgeblicher Interpret für die Nachwelt.

In dieser ganzen Zeit hat Marx vier Arten von Texten publiziert, die sehr unterschiedlichen Zwecken dienten und, bezogen auf ihren Wissenschaftsanspruch und ihre politische Wirkung, ganz verschiedenen Maßstäben folgten. Darunter vor allem:

- gründliche Forschungsarbeiten ausschließlich auf dem Feld der politischen Ökonomie des Kapitalismus;
- polemische Streitschriften gegen Konkurrenten auf dem Gebiet der politischen Philosophie und des Sozialismus (z.B. gegen Pierre-Joseph Proudhon, Michail Bakunin u.a.);
- situationsgebunden kleine politische Schriften zur Analyse zeitgenössischer Ereignisse (Pariser Kommune 1871, Kampf um den Achtstunden-Arbeitstag);

- politische Programmtexte und Kommentare für Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung (Internationale Arbeiterassoziation).

All diese vielgestaltigen Anlässe und Zwecke hinterlassen unvermeidlich ihre jeweiligen besonderen Spuren in den Texten. Systematisch und kontinuierlich hat Marx ausschließlich – allerdings über die ganzen vier Jahrzehnte hinweg – zur politischen Ökonomie des Kapitalismus geforscht, geschrieben und seine einzige große Monografie veröffentlicht: *Das Kapital* (Band 1, 1867) – neben dem mit Friedrich Engels verfassten *Kommunistischen Manifest* von 1848 die bis heute umkämpfte Ikone des Marxismus. Gemeinsam freilich ist all diesen Anlässen und unterschiedlichen Textgattungen des Autors Marx sein eigentlicher, bleibender Grundimpuls, der alles durchdringt und all seinen Texten Sinn und Richtung gibt. Er hat ihn sehr früh, in einer seiner ersten Schriften im Jahr 1843 formuliert: Es ist der humanistische Imperativ „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“.

IM ZENTRUM: DIE KRITIK DES KAPITALISMUS

Die radikale Kapitalismuskritik, für die bis heute der Name von Marx vor allem steht und die der Hauptgrund für dessen aktuelle Neubelebung ist, ist nicht eindimensional, sondern historisch und dialektisch. Sie beurteilt den Kapitalismus im Hinblick auf seine Doppelrolle in der Geschichte, denn einerseits ist dieser für Marx ein beispielloser Fortschritt, der die asoziale und menschliche Emanzipation überhaupt erst möglich macht, und gleichzeitig ist er vom ersten Moment seiner Entfaltung an ein politisch-ökonomisches System der Entfremdung des Menschen von sich selbst und von seinen Mitmenschen, das ihre Emanzipation verhindert. Zum Verständnis dieser „historischen Dialektik“ ist dessen Charakterisierung im *Kommunistischen Manifest* aufschlussreich, die wie ein gewaltiger Lobgesang klingt:

„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle anderen vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Chemie, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, Telegrafie – welch früheres Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“

Marx' Lebenswerk ist bis zum Schluss dem Bemühen um das genaue Verständnis dieser Dialektik von Fortschritt und Ausbeutung, mit dem Ziel einer Perspektive für die endgültige Überwindung der letzteren gerichtet. Es will zeigen, dass sich all die revo-



lutionären Errungenschaften des Kapitalismus nach einer ganz speziellen ökonomischen Logik vollziehen, die gleichzeitig seinen Triumph ermöglicht und seinen historischen Untergang besiegelt. Diese Dialektik nachzuweisen ist der Inhalt des Marxschen Hauptwerks: *Das Kapital*. In grober Verkürzung lautet dessen Hauptthese wie folgt:

Der reine, also von staatlichen Einflüssen und Regulierungen weitgehend unbeeinflusste Kapitalismus, der allein den Gesetzen der profitablen Kapitalverwertung gehorcht, ist dazu verurteilt, an seinen eigenen Widersprüchen zu zerbrechen. Denn unvermeidlich produziert er mit immer größeren Mengen von Gütern, Dienstleistungen und Reichtümern zugleich auch immer mehr Elend, Ungleichheit und Entfremdung. Und, weil der kapitalistische Profit letztlich allein durch die menschliche Arbeit entsteht, die durch die immerwährenden Fortschritte der Technik mehr und mehr zurückgedrängt wird, sinkt mit dem Wachstum der Produktivität die Profitabilität der einzelnen Kapitalanlagen. Die Gesetze des Kapitalismus befinden sich mit sich selbst im Widerspruch. Der „reine Kapitalismus“, der allein von der Logik des Marktes und der Profitmaximierung vorangetrieben wird, ist darum wider Willen sein eigener Totengräber.

Zur politischen Vollstreckung des durch seine eigentümliche ökonomische Logik selbst verschuldeten historischen Todesurteils wächst nach denselben Gesetzen der Kapitalverwertung eine ausgebeutete, entfremdete Arbeiterklasse heran, deren soziale und menschliche Emanzipation in einem politischen Prozess der Selbstbefreiung nur dadurch möglich wird, dass sie eine neue Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und daher auch ohne soziale Klassen schafft. Sie muss auf diese Weise also die ganze Gesellschaft und schließlich die ganze Menschheit befreien, wenn sie sich selbst befreien will. Es ist daher die Arbeiterklasse, der die historische Mission zufällt, die von der bürgerlichen Aufklärung begonnene menschliche Emanzipation zu vollenden.

DIE MENSCHLICHE EMANZIPATION

Der Untergang des Kapitalismus und der Triumph einer Gesellschaft ohne Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung sind gleich notwendig. Der Staat als politisches Repressionsinstrument einer ökonomisch herrschenden Klasse hat dann ausgedient. Dieses große historische Ziel, die eigentliche Pointe seiner Kapitalismuskritik, beschreibt Marx in einem klassisch gewordenen Satz: *„An Stelle der Klassen und Klassengegensätze tritt eine Assoziation (der Produzenten), worin die freie Entwicklung eines jeden, die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.*

Das ist zunächst der Sozialismus mit seiner leistungsgerechten Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Arbeit und am Sozialprodukt ohne Ungerechtigkeit und Ausbeutung und schließlich, wenn Überfluss durch die gewaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels Technik und Automation an die Stelle von Knappheit tritt, ein humanistischer Kommunismus, in dem jeder nach seinen Bedürfnissen entlohnt wird und alle frei sind. Die gesellschaftlichen Konflikte können erlöschen, das Rätsel der menschlichen Geschichte ist gelöst.

Diese historische Perspektive mit ihrer unüberbietbar anspruchsvollen Zielsetzung, aber ohne Beschreibung der Mittel und Wege, durch die sie erreicht werden könnte, prägte die Programmatik und die Kultur der Sozialdemokratie in ihrer langen marxistischen Phase. Obgleich sie in ihrem Gehalt utopischer war als jede der vorangegangenen Utopien der Frühsozialisten, galt sie in der Arbeiterbewegung als die Wahrheit einer neuen, von den Interessen des Besitzbürgertums befreiten Wissenschaft. Denn Marx hatte das große Ziel als Ergebnis einer methodischen Analyse der Gesetze der Geschichte und des Kapitalismus formuliert und nicht mehr als moralische Forderung oder persönliches Gedankenmodell. Und Marx fügte diesem Projekt noch etwas Ent-

scheidendes hinzu, das dann zu allen Zeiten, oft verdeckt, selten offen, den besonderen „metaphysischen Charme“ seiner Lehre ausmachte und zur großen Verheißung für die ganze Menschheit werden ließ. Es war die Erwartung, dass in der neuen Gesellschaft mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und den mit ihm verbundenen gesellschaftlichen Klassen nicht nur die Ursachen von Ungleichheit und Unterdrückung, sondern auch aller sozialen und menschlichen Entfremdung überwunden seien.

Damit verkörpert diese Gesellschaft der Freien und Gleichen ohne entfremdende Arbeit nicht lediglich die soziale und politische Emanzipation, sondern auch die endgültige „menschliche Emanzipation“, die Einheit von Individuum und menschlicher Gattung. Sie ist eine Art Erlösung des Menschen, nämlich die Überwindung der Entfremdung, der Entzweiung der Menschen untereinander und der Entzweiung von Mensch und Natur. Menschliche Emanzipation als Erlösung – größer hätte kein Versprechen im Rahmen der irdischen Geschichte sein können. Kein Wunder, dass unzählige Menschen in diesem überwältigenden Ziel den Sinn des Lebens gesehen haben, für das kein Opfer zu groß ist. Und – leider auch – kein Wunder, dass falsche Erben des großen Versprechens meinen konnten, es sei kein Opfer, kein Leiden zu groß, die sie anderen zufügten, um diese historische Verheißung gegen Widerstände zur erfüllen. Diese Botschaft ist es letztlich, die Marx aus allen, die ihm dann in der radikalen Kritik am Kapitalismus durchaus folgten, als einzigartig heraushebt, und als Versprechen unüberbietbar gemacht hat.

LÜCKEN UND WIDERSPRÜCHE

Nun hat aber das Marxsche Werk nicht nur einen, sondern mehrere Pferdefüße, die den großen Traum recht hart auf die Erde zurückholen und den Streit allzeit heftig befeuert haben. Sie bestehen aus zwei empfindlichen Lücken und aus einem zentralen Widerspruch.

Die erste Lücke betrifft die entscheidenden Grundbegriffe, mit denen Marx zu seinem großen Wurf hinführt, die also die Brücke des politischen Handelns zwischen der Krisenanalyse und der erlösenden Verheißung bilden. Diese hat er nirgends systematisch in ihrer vollen Bedeutung entfaltet: vor allem die Begriffe Klasse, Staat, sozialistische Produktionsweise, freie Assoziation der Produzenten, Vergesellschaftung und Revolution. Er hat sie in wechselnden Kontexten, zumeist in den kleinen politischen Schriften nur knapp erläutert oder verwendet, aber den Zusammenhang zwischen ihnen nicht hergestellt. Sie sind nicht eindeutig geklärt, ändern mitunter ihre Bedeutung und erscheinen daher teils widersprüchlich.

Das wird am deutlichsten beim Begriff der Revolution: Bezeichnet er nur die grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse ohne Festlegung der Mittel und Wege ihrer Verwirklichung oder ist er am Typ der Französischen Revolution von 1789 orientiert und meint damit den gewaltsamen Umsturz von politischer und gesellschaftlicher Ordnung?

Die zweite große Lücke besteht darin, dass durch die unsystematische Zersplitterung wichtiger Grundbegriffe in gänzlich unterschiedlichen historischen Situationen und zu verschiedenartigen Anlässen Marx in eine Reihe von kleineren und größeren Widersprüchen gerät, die selbst gegensätzliche Arten der Auflösungen zulassen. Im Ganzen gesehen gibt es gerade im Hinblick auf den Weg zur sozialen und menschlichen Emanzipation, dem Sinnzentrum seiner Theorie, einen tiefen Zwiespalt im Marxschen Werk. Er eröffnet, vor allem in den kleinen politischen Schriften zu tagespolitischen Anlässen einerseits den Weg einer schrittweisen Annäherung an die neue Gesellschaft durch strategische Reformen im Rahmen der Demokratie, scheint aber andererseits in anderen Zusammenhängen, vor allem den größeren theoretischen Werken zur Kapitalismuskritik, allein den revolutionären Sprung aus der Kapitallogik heraus in die neue Gesellschaft als aussichtsreiche Strategie zur Überwindung des Kapitalismus anzuerkennen.

„WISSENSCHAFTLICHER“ SOZIALISMUS

Etwa seit dem *Kommunistischen Manifest* von 1848 sah Marx den Wissenschaftsanspruch des Sozialismus durch die Thesen seiner ökonomischen Geschichtsauffassung belegt. Dieser zufolge sind es die Widersprüche zwischen der unaufhaltsam vorantreibenden Entwicklung der Produktivkräfte und den in jeder historischen Epoche besonderen, stets aber von partikulären Klasseninteressen geprägten und begrenzten Produktionsverhältnissen, die das gleichsam naturwüchsig sich durchsetzende Grundgesetz der menschlichen Geschichte bedingen. Während die Entfaltung der Produktivkräfte durch die Anhäufung neuen Wissens und neuer Fertigkeiten sowie die beständige Fortentwicklung der Werkzeuge und Produktionstechniken unaufhaltsam voranschreitet, waren in der bisherigen menschlichen Geschichte die jeweiligen Produktionsverhältnisse vor allem durch ihren Klassencharakter gekennzeichnet. Dieser erwies sich in jeder Epoche von einem bestimmten Punkt der Entwicklung an als Hindernis für die weitere Produktivkraftentfaltung und musste daher neuen, fortschrittlicheren Produktionsverhältnissen weichen.

Soziale Klassen sind durch ihr Verhältnis zum Eigentum des für jede historische Epoche jeweils maßgeblichen Produktionsmittels charakterisiert. So waren in der Periode der Handarbeit vor allem die freien Bürger als Eigentümer von Sklaven die ökonomisch herrschende Klasse, im Zeitalter der Feudalgesellschaft waren es die Grundbesitzer und im modernen Kapitalismus sind es die Eigentümer der industriellen Produktionsmittel und das mit ihnen verbundene Handels- und Finanzkapital.

Das ökonomische Grundgesetz der Geschichte bestimmt die Entwicklung als eine ununterbrochene Abfolge von Klassenkämpfen. Die Vertreter der jeweils fortschrittlichen Produktivkräfte, zuletzt am Ende der feudalistischen Produktionsweise das Bürgertum als Repräsentant des Kapitalismus, setzen sich am Ende immer gegen die Vertreter der historisch überholten Produktionsverhältnisse durch. So wie das Bürgertum mit seinem industriekapitalistischen Projekt die Feudalklasse ökonomisch verdrängte und in politischen Revolutionen sie auch von der Macht im Staate entfernen konnte, als die Produktivkräfte, die es vertrat, ihre volle Überlegenheit entfaltet hatten, wird das Proletariat als Vertreter der historisch fortschrittlichsten Produktionsweise auch den Kapitalismus als die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Kapitalistenklasse in einer Revolution überwinden.

Allein die vollständige Beseitigung des „bürgerlichen“ Privateigentums an den Produktionsmitteln ermögliche einerseits die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und andererseits eine bewusste und vorausschauende Organisation der Produktivkräfte im Interesse der ganzen Gesellschaft. Das ist die historische Aufgabe des Sozialismus. Allein die Arbeiterklasse, die keine eigenen Eigentumsinteressen mehr zu vertreten habe, kann seine Realisierung gewährleisten. Wenn die Bedingungen des Sozialismus gänzlich erfüllt sind, wird sich aus ihm allmählich die gänzlich herrschaftsfreie Gesellschaft entwickeln, weil durch den Wegfall des Privateigentums an Produktionsmitteln mit der Klassenspaltung der Gesellschaft auch der Grund für einen von der Gesellschaft getrennten Staat entfällt.

Die angebliche „Wissenschaftlichkeit“ dieser Geschichtsauffassung stützte sich vor allem auf die im naturwissenschaftlich geprägten 19. Jahrhundert überzeugende Vorstellung, dass sich der Fortschritt in Wissenschaft, Technik- und Produktivkraftentfaltung durch nichts aufhalten lässt und folglich alle gesellschaftlichen Partikularinteressen und politischen Machtansprüche, die sich ihm entgegenstellen, unvermeidlich hinweggefegt werden, wenn ihre Zeit gekommen ist. Die historische Vision des Proletariats bestand Marx zufolge nicht in der Durchsetzung von moralischen politischen Prinzipien oder universalistischen Grundrechten, sondern in der Realisierung einer Produktionsweise, die alle Hemmnisse für künftige Produktivkraftentwicklungen besei-

tigt. Da das Interesse an seiner eigenen Emanzipation mit dem historischen Fortschritt der Produktivkraftenthaltung identisch war, sei die historische Mission des Proletariats, der Sozialismus, letztlich durch nichts zu vereiteln.

DIE MATERIALISTISCHE GESCHICHTSAUFFASSUNG

Langfristig setzt sich daher das ökonomische Grundgesetz der Gesellschaft immer gegen politische und ideologische Widerstände durch. Marx verallgemeinerte seine Beobachtungen über die prägende Rolle der ökonomischen Entwicklung in der Menschheitsgeschichte, den sogenannten historischen Materialismus, zu prinzipielleren philosophischen und erkenntnistheoretischen Aussagen. Demzufolge ist der gesamte gesellschaftliche „Überbau“ aus Wissenschaft, Religion, Recht, Moral, Kunst und Politik stets nur ein unselbstständiger Ausdruck der ökonomisch herrschenden Verhältnisse. Diese Auffassung, in der von Friedrich Engels begründeten Interpretationstradition dialektischer Materialismus genannt, war ein weiteres Argument dafür, dass dem Sieg des Sozialismus am Ende nichts widerstehen könnte. Es war aber auch die ausschlaggebende Begründung dafür, dass moralische oder religiöse Begründungen des sozialistischen Ziels und seiner Notwendigkeit nicht nur „unwissenschaftlich“, sondern vor allem auch wirkungslos oder sogar schädlich bleiben mussten.

Die historische Beobachtung lehrte Marx in seiner eigenen Zeit am Beispiel des Kampfes gegen die Feudalgesellschaft und ihre politischen Machttträger, dass die Gesellschaftsklasse, die eine historisch schon überholte Produktionsweise repräsentiert, dennoch aus Eigennutz zäh und mit allen verfügbaren Machtmitteln an ihr festhält. Darum setze sich der Fortschritt der Produktivkräfte immer nur auf dem Wege von Klassenkämpfen und Revolutionen durch. Die bürgerlichen Revolutionen in Europa, voran die als Paradigma wirkende französische Revolution von 1789, schienen diese These von Marx zu belegen. In ähnlicher Weise würde schon in absehbarer Zeit das Proletariat in seiner eigenen Revolution den Sozialismus an die Stelle des Kapitalismus setzen und damit das historische Ende der Klassenherrschaft überhaupt einläuten, deren Grundlage mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein für allemal überwunden werde. Es blieb dabei, bei Marx selbst und in der marxistischen Tradition, stets ungeklärt, worin genau die Konkretisierung des äußerst vieldeutigen Begriffs der „Vergesellschaftung“ bestehen sollte.

Diese Form des „wissenschaftlichen Sozialismus“ erhob den Anspruch, nichts anderes zu sein als eine illusionslose Beschreibung des Entwicklungsweges der Geschichte

selbst und seiner Bedingungen. Sie schien die Vorstellung zu beweisen, dass die unvermeidlichen Übergänge von einer überholten polit-ökonomischen Gesellschaftsformation zur nächst fortschrittlicheren stets nur in der Form eines revolutionären Bruchs im Sinne eines am Ende mit Gewalt ausgefochtenen Klassenkampfes ausgetragen werden kann.

MARXISMUS ALS NEUE WELTANSCHAUUNG

Aus dieser „materialistischen“ bzw. „wissenschaftlichen“ Vorstellungswelt in Anlehnung an das naturwissenschaftliche Paradigma konnten die Sozialisten, die ihm folgten, und die Parteien der Arbeiterbewegung, die es zur Grundlage ihrer Programmatik erhoben, das Selbstbewusstsein entwickeln, nicht lediglich einen Kampf für die Durchsetzung eigener Interessen oder die Verwirklichung von Gerechtigkeitsidealen zu führen, sondern die Vollstrecker einer gesetzmäßigen historischen Mission zu sein. Sie erwarteten den revolutionären Bruch, in den Worten August Bebel's den großen Kladderadatsch.

Es war vor allem die Verbindung eines am naturwissenschaftlichen Vorbild orientierten Wissenschaftsanspruchs mit einer weltanschaulich begründeten historischen Siegesgewissheit ihres Sozialismusanspruchs, die die zeitweilig fast religiöse Bedeutung des Marxismus in der sozialistischen Theoriebildung und Praxis möglich gemacht hat. Die marxistische Sozialismustheorie war folglich schon seit der Zeit ihrer Aufnahme in die europäischen Arbeiterparteien in den letzten beiden Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts bis zum endgültigen Scheitern des kommunistischen Projekts in der demokratischen Revolution Osteuropas stets mehr als nur eine Theorie des Sozialismus. Paradoxerweise war es gerade ihr Wissenschaftsanspruch, der sie im Kern sowohl während einer langen Epoche in ihrer demokratisch-sozialistischen Verwendung wie zu allen Zeiten in ihrer kommunistischen Legitimationsfunktion weitgehend gegen Kritik immunisierte. Als Garant der historischen Hoffnungen der Arbeiterbewegung übernahm sie die Rolle einer alle empirischen Einspruchsmöglichkeiten abweisenden Weltanschauung. Selbst die innersozialistische Kritik am Marxismus hatte in den Augen vieler seiner Anhänger stets einen Hauch von Sakrileg an sich.

Marx' Weggefährte Friedrich Engels war in der deutschen und teilweise auch internationalen Arbeiterbewegung bis zu seinem Tode 1895 von großem Einfluss. Er verfocht, eindeutiger als Marx selbst, eine Deutung des marxistischen Geschichtsverständnisses im naturwissenschaftlichen Sinne. Er leistete einerseits dem Verständnis des Sozialis-

mus als einer „ehernen Notwendigkeit“ in erheblichem Maße Vorschub, betonte aber andererseits auch, dass zwischen den ökonomischen Grundgesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und den Bedingungen des politischen Handelns zahlreiche Vermittlungsinstanzen kultureller, ideologischer und politischer Art wirksam sind, die ihre unmittelbare Umsetzung unmöglich machen. In dieser Vermittlungsleistung bestehe die unverzichtbare Aufgabe der sozialistischen Parteien.

DIE ZWIESPÄLTIGE EMANZIPATIONSTHEORIE

Variante I: Der revolutionäre Sozialismus

In der entscheidenden Frage, wie das geschichtliche Ziel des Sozialismus auf der Ebene politischen Handelns erreicht werden kann, schwankte Marx in seinen verschiedenen Schriften und oft selbst innerhalb desselben Textes zeitlebens zwischen zwei verschiedenen Möglichkeiten. Sie bilden die Basis dafür, dass sich die marxistische Tradition auf höchst widerspruchsvolle Weise entfaltete und einen weiten Horizont unterschiedlicher, häufig in heftigen Gegensätzen zueinanderstehender Interpretationsmöglichkeiten zuließ. Im gesamten Werk von Marx finden sich deutliche Ansatzpunkte für zwei nahezu entgegengesetzte Lesarten der politischen Übergangstrategie vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Weil der Staat stets nur ein Machtinstrument der herrschenden Klasse ist, weil die verhängnisvolle Logik des Kapitalismus die ganze Gesellschaft durchdringt, solange sie wirksam ist und weil das ökonomische Bewegungsgesetz der Geschichte sich mit unwiderstehlicher Macht in großen Umbrüchen vollzieht, kann der einen Lesart zur Folge die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft nur in einer Revolution vollzogen werden. Sie bricht schlagartig und gänzlich mit den kapitalistischen Verhältnissen. Zu ihr wird die Arbeiterklasse eines Tages gezwungen sein, um die unheilbaren inneren Widersprüche der kapitalistischen Logik zu überwinden. Diese macht den schließlichen Zusammenbruch des Kapitalismus unvermeidlich, da sich die Wirtschaftskrisen, die sie hervorbringt, stetig verschärfen, die Möglichkeiten ihnen zu begegnen schwinden und die Arbeiterklasse folglich zunehmend verelendet. Das Schwinden ihrer Lebenschancen innerhalb des bestehenden Systems zwingt die Arbeiterklasse daher zur revolutionären Überwindung des ganzen kapitalistischen Systems.

Dieser Lesart zur Folge ist die sozialistische Gesellschaftsalternative nicht konstruktiv zu entwerfen oder schrittweise durchzusetzen. Sie wird sich vielmehr aus dem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und dem durch ihn bedingten Zwang der Arbeiterklasse zur Revolution und deren Handlungsnotwendigkeit in gegebener Lage

ergeben. Die Arbeiterklasse erobert in der Revolution die ganze politische Macht als Voraussetzung für die Übernahme der Produktionsmittel durch die Gesellschaft. Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist folglich in jeder Hinsicht ein Bruch: ökonomisch und politisch.

Mit der Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse beginnt die Logik der wirtschaftlichen Planung der Produktion, die an die Stelle der Markt- und Eigentumslogik tritt. Marx nahm an, dass der kapitalistische Konzentrationsprozess die Produktion auf immer weniger immer größere Betriebe beschränke. Er sah daher in der praktischen Verwirklichung der Formel „die Gesellschaft ergreift die Produktionsmittel“ kein eigenständiges strukturelles und institutionelles politisches Handlungsproblem. Der kapitalistische Konzentrationsprozess würde die Klein- und Mittelbetriebe in ihrer unüberschaubaren Zahl selber schon durch eine Handvoll gigantischer Großbetriebe ersetzen und somit einer Art Proto-Sozialismus in kapitalistisch entstellter Form hervorbringen. Er würde dadurch nur noch zwei gesellschaftliche Klassen mit direkt entgegengesetzten Interessen übriglassen: eine kleine Zahl kapitalistischer Großmagnaten und die überwältigende Mehrheit der ausgebeuteten eigentumslosen Lohnarbeiter. Sowohl die Klassenverhältnisse wie die Organisation der Produktion strebten in diesem Verständnis durch die Gesetze des Kapitalismus selbst auf den Sozialismus zu.

Die wenigen gigantischen Großunternehmen, die der fortwährende kapitalistische Konzentrationsprozess in jedem Wirtschaftsbereich noch übrigließe, könnten nach der sozialistischen Revolution von zentralen Organen der Gesellschaft übernommen werden. Wie dabei die Forderungen nach gesamtgesellschaftlicher Produktionsplanung und nach Selbstbestimmung der Arbeiter in den Betrieben sowie einer freien Assoziation der Produzenten, wie es im *Kommunistischen Manifest* hieß, als gesamtgesellschaftlicher Organisationsweise miteinander vereinbart werden können, würde sich im weiteren Fortgang der Entwicklung dann ergeben.

In dieser Lesart erschien die „Revolution“ zugleich als der Akt zur Überwindung des Kapitalismus, der politischen Machteroberung und der Realisierung der sozialistischen Alternative, deren Struktur vorab konzeptionell nicht geklärt werden kann, aber auch nicht muss. Dieses Modell hat die kommunistische Verwendung der Marxschen Theorie geprägt. Das war freilich nur möglich, indem deren Vertreter die bei Marx selbst kaum konkretisierten Begriffe der Vergesellschaftung, der Revolution, des Sozialismus und des nachkapitalistischen Staates als freier Assoziation der Produzenten für die besonderen russischen Gegebenheiten ohne entwickelten Kapitalismus und ohne starke Arbeiterklasse so füllten, dass sie sich für die Legitimation ihrer Machtergreifung, ihrer Parteidiktatur und der nachholenden Industrialisierung eines Agrarlandes zu eignen

schiene. Im scharfen Gegensatz dazu füllte die westeuropäische, zumal die deutsche Sozialdemokratie, die Leerstellen der Marxschen Strategie im Sinne der unbedingten Verteidigung der pluralistischen Demokratie, im Notfall auch als deren revolutionäre Verteidigung, wenn die herrschende Klasse sie zum Schutz ihrer Interessen verraten sollte. Denn für die Erfüllung ihrer historischen Mission bedurfte die Arbeiterpartei der Demokratie in zweifacher Hinsicht, als einer Form der gesellschaftlichen Kontrolle der politischen Macht und als Instrument der gesellschaftlichen Umwälzung.

Variante II: Sozialismus als demokratischer Reformprozess

Marx hatte aber stets auch mit einer anderen Möglichkeit der sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft gerechnet und diese in Zeiten politischer oder sozialpolitischer Fortschritte der Arbeiterbewegung besonders hervorgehoben. Vor allem in seinen Beiträgen zur Programmentwicklung der „Internationalen Arbeiterassoziation“ (Erste Internationale, 1864–1872) hatte er die Vorstellung einer schrittweisen Umgestaltung der Gesellschaft auf dem Boden der politischen Demokratie skizziert, die in der demokratisch-sozialistischen Tradition eine besondere Rolle spielen sollte.

Wenn der Staat erst einmal demokratisiert ist, so die Kernforderung des *Kommunistischen Manifestes* von 1848, und die Organisation der Arbeiterklasse stark und zielbewusst, ist eine schrittweise Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft in eine neue Gesellschaft möglich. Sie wird dann durch strategische Reformschritte, beginnend mit dem Achtstundentag, immer mehr den sozialistischen Prinzipien der sozialen Voraussicht und Rücksichtnahme auf die menschlichen Interessen der Arbeitenden und immer weniger den Prinzipien der kapitalistischen Logik der Ausbeutung der Arbeit entsprechen. Der demokratische Staat, sofern er von der Arbeiterbewegung dominiert ist, kann in den einzelnen Bereichen die kapitalistischen Prinzipien außer Kraft setzen und durch Verhältnisse ersetzen, die sozialistischen Maßstäben entsprechen. An die Stelle der blinden Gesetze von Angebot und Nachfrage, bei denen das Profitstreben und die partikulären Interessen der einzelnen Kapitalisten jederzeit Vorrang vor den menschlichen Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung haben, tritt dann die Logik des sozialen Schutzes der Arbeiter und der sozialen Rücksicht.

In immer mehr Bereichen ersetzen in zunehmender Konsequenz Elemente einer nach den sozialistischen Grundsätzen aufgebauten Gesellschaft das blinde Spiel der ökonomischen Kräfte im Kapitalismus. Marx nannte neben der gesetzlichen Begrenzung des Arbeitstages vor allem die Beispiele der Arbeiterschutzgesetzgebung, durch gesetzliche Regelung die Bildungspflicht für Arbeiterkinder und den Ausbau des Genossen-

schaftswesens. Sie alle repräsentieren Verwirklichungsformen des sozialistischen Prinzips der Ein- und Vorsicht für die Interessen der Arbeiter als Menschen und nicht länger das bloße kapitalistische Profitprinzip.

„Revolution“, ein Begriff, den Marx in verschiedenen Bedeutungen verwandte, bedeutet in diesem Zusammenhang die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft nach einer neuen Logik durch dafür geeignete Reformschritte. Sie vollzieht sich in diesem Sinne aber auf den Boden der Demokratie in wohlbedachten konstruktiven Schritten der Transformation auf friedlichem Wege. Friedrich Engels fügte diesen reform-sozialistischen Umrissen später hinzu: Die bestgeeignete Staatsform für die Ausübung der politischen Macht und die sozialistische Umgestaltung durch die Arbeiterklasse ist die demokratische Republik. Sie sei die „wahre Form der Diktatur des Proletariats“. Er rechnete aber damit, dass die wirtschaftlich herrschende Klasse nicht zögern würde, die politische Demokratie zu beseitigen, wenn die sozialistische Partei die politische Mehrheit für die Umgestaltung der Gesellschaft gewonnen hat und damit in der Praxis beginnt. In einer solchen Situation wäre „Revolution“ die gewaltsame Gegenwehr der Arbeiterbewegung gegen antidemokratische Strebungen des Bürgertums zum Zwecke der Wiederherstellung und Sicherung der Demokratie.

„Revolution“ war in dieser Konzeption also auf die Schaffung und Verteidigung der Demokratie als der Grundlage sozialistischer Politik bezogen. Auf ihrem Boden konnte sich die tief greifende, in diesem Sinne revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft schrittweise, zielstrebig und von Mehrheiten kontrolliert vollziehen. Auf diese Lesart der marxistischen Strategie konnten sich die Organisationen und Akteure des demokratischen Sozialismus zu allen Zeiten stützen. Sie wurde zum Ausgangspunkt der theoretischen und programmatischen Entwicklung der Sozialdemokratie hin zu einer von den Prinzipien des demokratischen Sozialismus, gleiche Freiheit in Solidarität, geleiteten selbstbewussten Reformpartei.

DAS UMKÄMPFTE ERBE

Der Zwiespalt zwischen den beiden widerspruchsvollen Vorstellungen von Weg und Ziel des Sozialismus blieb im Werk von Marx und Engels bis zuletzt unaufgelöst. Das hat zu erheblichen Unklarheiten und Widersprüchen im Selbstverständnis der am Marxismus orientierten sozialistischen Parteien geführt. Schließlich ermöglichte dieser Zwiespalt auch, dass so entgegengesetzte Vorstellungen vom Sozialismus wie der Anarchismus, der demokratische Sozialismus und der leninistische Kommunismus (Marxismus-Leninismus), sich zwar nicht mit gleichem Recht, aber doch mit gewissen Ansatzpunkten

auf das politische Erbe von Marx berufen konnten. Die anarcho-syndikalistische Variante, die bis in die 1920er Jahre in Südeuropa und in den USA einflussreich war, stützte sich auf Marx' Begriff des Sozialismus als freier Assoziation der Produzenten ohne Kapitalherrschaft und ohne repressiven Staat. Die leninistische Variante glaubte mit Planwirtschaft, Staatseigentum an den Produktionsmitteln und Parteidiktatur den Königsweg zur Marxschen Zukunftsgesellschaft gefunden zu haben, mit der sie die politische Repression, die Bürokratenherrschaft, die soziale Ungleichheit und später die wirtschaftliche Stagnation, die diesen Weg in der Praxis kennzeichneten, zu rechtfertigen versuchte. Die westeuropäische Variante des demokratischen Marxismus sah immer in der politischen Demokratie den ersten, alles Weitere fundierenden Schritt zur erstrebten sozialistischen Gesellschaft und entwickelte die dafür schon von Marx selbst gebotenen Ansätze weiter zu einem konsequenten Reformsozialismus.

Nach dem Scheitern der Revolution von 1918, dem Entsetzen der demokratischen Sozialisten im Westen Europas über die stalinistische Entstellung der Marxschen Ideen in der Sowjetunion und dem Verblässen der Hoffnung, ein besserer demokratischer Weg zum Sozialismus stünde in Westeuropa auf der Tagesordnung, bildete sich seit den 1920er Jahren ein vielgestaltiger „westlicher Marxismus“ heraus. Seine Vertreter lehnten sowohl den Sowjetkommunismus wie den sozialdemokratischen Reformsozialismus ab. Sie hielten ungeschmälert an der Marxschen Zukunftsvision einer veröhnten Gesellschaft ohne Entfremdung fest und widmeten sich vor allem der Frage, warum die Menschen in den kapitalistischen Gegenwartsgesellschaften dafür nicht zu gewinnen waren. Sie verloren mit ihrer ausschließlichen Konzentration auf radikale Kritik allmählich den Kontakt zur Praxis und zu den Organisationen der wirklichen Arbeiterbewegung.

4.

MARX AUF DEM WEG ZUM REFORMSOZIALISMUS

Die Lehre von Marx fand in der Zeit des Sozialistengesetzes zwischen 1878 und 1890 Eingang ins programmatische Denken der Sozialdemokratie, als die Partei verboten war und die Neigung zur Radikalisierung bei vielen ihrer Mitglieder und Funktionsträger wuchs. Ihr neues Grundsatzprogramm nach dem Ende der Verbotszeit, das für die Geschichte der Partei bedeutende Erfurter Programm von 1891, war dann in seiner Grundlage durch und durch marxistisch, im Wesentlichen die Kurzfassung des Schlüsselkapitels aus Marx Werk *Das Kapital*. Friedrich Engels bestätigte aus London, nun sei die Partei unzweifelhaft marxistisch. Sie blieb es in ihrem Hauptstrom bis zum Godesberger Programm von 1959 in dem Sinne, dass offiziell und für die meisten Mitglieder die marxistische Geschichtsauffassung und die Kapitalismustheorie in allgemeiner Form eine Art weltanschaulicher Orientierungsrahmen bildeten, dessen Verbindungen mit der Tagespolitik und den praktischen Reformprojekten der Partei freilich zunehmend ausdünnten und für die Legitimation ihres Handelns eher zur Belastung wurden.

Das Warten auf den großen Umschwung im Sinne der „revolutionären Lesart“ des Marxismus blieb bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein ein wichtiger Zug ihrer politischen Kultur und erst allmählich, forciert durch die Katastrophen der Weltkriege und der Hitlerdiktatur, verblasste die Suggestionskraft des weltanschaulichen Marxismus im sozialdemokratischen Hauptstrom. Von Anfang an aber waren die Aktionsteile ihrer Programme erfüllt von sozialpolitischen, gesellschaftspolitischen und arbeits-

rechtlichen Reformforderungen, wie sie der „reformsozialistischen Lesart“ von Marx entsprachen und vor allem aus der Gewerkschaftsbewegung heraus formuliert und verfochten worden.

Die alles entscheidenden Lücken zwischen den großen historischen Zielsetzungen und den Wegen ihrer Verwirklichung im Marxschen Werk wurden bis zur Zeit der Weimarer Republik nur von einzelnen sozialdemokratischen Denkern und Programmaticern, aber nicht in den Programmen der Partei überzeugend gefüllt. Die SPD richtete sich für längere Zeit in einem Dualismus zwischen der Theorie, zu der sie sich bekannte, und ihrer täglichen Reformpraxis ein, die beide nicht recht zusammenpassen wollten. Erst in langsamen Schritten setzte sich nach schmerzhaften Erfahrungen das reformsozialistische Denken im Mehrheitsstrom der Partei durch und prägte zunehmend ihr Selbstverständnis, bis es dann im Godesberger Programm in aller Konsequenz als verbindliche Orientierung entfaltet wurde.

Das Marxsche Erbe hat nahezu ein Dreiviertel Jahrhundert lang als politische Weltanschauung, aber kaum als praktische Handlungsanleitung im Hinblick auf die möglichen konkreten Reformen der Tagespolitik gedient. Es hat ihr in dieser Zeit die Zuversicht vermittelt, sie werde trotz aller Niederlagen, zeitweiliger Schwächen und brutaler Unterdrückung am Ende siegreich sein. Die Kraft des Marxschen Erbes als Weltanschauung ist heute erloschen, aber die Substanz seiner reformsozialistischen Variante ist ins Denken und Handeln der Sozialdemokratie eingeflossen, freilich in klarer Abgrenzung von allen Obertönen und Überresten seiner „revolutionären Lesart“.

DEMOKRATIE UND VERGESELLSCHAFTUNG

Klärungsbedürftig war im Rahmen dieses langen Lernprozesses im Umgang mit dem Marxismus zu keinem Zeitpunkt die Frage der Demokratie. Demokratie war für die Sozialdemokratie jederzeit ein unantastbarer Zweck, niemals nur ein Mittel ihres politischen Handelns. Alle strittigen Fragen der marxistischen Tradition, die es erst noch eindeutig zu klären galt, voran die Fragen Reform oder Revolution sowie die Frage der Vergesellschaftung und des Privateigentums stellten sich für sie innerhalb der pluralistischen und rechtsstaatlichen Demokratie, in deren Rahmen die Partei um das Mandat einer großen Mehrheit der Gesellschaft für die weitergehende gesellschaftliche Transformation rang. Dies wurde von den sozialdemokratischen Autoren, vor allem ihrem europaweit respektierten marxistischen Intellektuellen Karl Kautsky, im Rahmen der Kontroverse aus Anlass der historischen Spaltung der Arbeiterbewegung mit den Wortführern des sich soeben herausbildenden „wissenschaftlichen Kommunismus“,

insbesondere W.I. Lenin und Leo Trotzki, noch einmal sorgfältig mit Berufung auf Marx klargestellt (1919–1922). Bei diesem theoretischen und politischen Streit ging es keineswegs um die Frage „Marxismus Ja oder Nein?“, denn beide Seiten beanspruchten, die besseren Verteidiger des „wahren“ Marxismus zu sein.

Die sozialdemokratischen Autoren der frühen Weimarer Republik stützten sich bei ihrer Argumentation zur Verteidigung des demokratischen Sozialismus, die sie gegen den sich nun etablierenden diktatorischen Sozialismus/Kommunismus der russischen Kommunistischen Partei in einer Reihe grundlegender Bücher entfalteten, vorrangig auf das Marxsche Werk als gültige Quelle. Auf dieser Basis wies Karl Kautsky insbesondere die Vorstellung Lenins zurück, mit Marx lasse sich die von den Kommunisten errichtete Diktatur ihrer Partei legitimieren. Die Kommunisten, so Kautsky, missbrauchten den von Marx wenige Male verwendeten Begriff der „Diktatur des Proletariats“, denn dieser habe damit eindeutig eine staatliche Verfassung bezeichnet, in der dem ganzen Volk das volle Stimmrecht garantiert ist und eine Mehrzahl von Parteien zur Wahl steht, also eine pluralistische Demokratie. Den Ausdruck „Diktatur“ habe Marx stattdessen auf eine politische Strategie der Vergesellschaftung innerhalb der Demokratie bezogen, die den absolut gesetzten Rechtsschutz für das bürgerliche Produktionsmitteleigentum, der Vergesellschaftungen prinzipiell verhindern wollte, nicht länger respektiert. Ein Sozialismus ohne Demokratie sei hingegen in der Sache und begrifflich ein Widerspruch in sich selbst.

In der Kontroverse mit den kommunistischen Gegenspielern der Sozialdemokratie begann Karl Kautsky mit der Klärung einer weiteren damit verbundenen Grundsatzfrage, nachdem diese 1917 in Russland die Macht im Staate übernommen hatten, und deutlich werden ließen, dass sie mit „Sozialisierung“ nicht anderes meinten als die Überführung der Produktionsmittel in die Verfügungsgewalt staatlicher Bürokratien ohne gesellschaftliche Kontrolle. Diese Klärung bezog sich auf die Unterscheidung von Zwecken und Mitteln sozialdemokratischer Politik. Selbst die „Sozialisierung der Produktionsmittel“, von der Marx als einem zentralen Element des Sozialismus gesprochen hatte und die im Denken der Sozialdemokratie eine herausragende Rolle spielte, sei kein Selbstzweck. Verstanden als gänzliche Überwindung des Privateigentums an Produktionsmitteln müsse sie vielmehr als das nach gegenwärtigem Kenntnisstand am besten geeignete Mittel zur Realisierung der Grundwerte gleiche Freiheit und Solidarität, dem eigentlichen obersten Ziel der Sozialdemokratie, verstanden werden. Das gilt besonders dann, wenn sie mit „Verstaatlichung“ gleichgesetzt wird.

Es war die Frage der „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“, die immer im Zentrum des Marxschen Erbes der Sozialdemokratie stand und die Partei am längsten und

intensivsten beschäftigt hat. Diese Formel enthielt die klare Botschaft, die im Kapitalismus allein auf privatem Eigentum basierende Kontrolle der großen Produktionsmittel durch eine gesellschaftliche Kontrolle zu demokratisieren. Sobald aber die für die praktische Umsetzung dieser Formel entscheidenden Fragen auf die Tagesordnung gelangte, vor allem welche Instanzen der gesellschaftlichen Organisation, auf welcher Ebene und auf welche Weise diese Kontrolle über die Produktionsprozesse größerer Unternehmen ausüben sollten, um die Ziele zu erreichen, die mit der „Vergesellschaftung“ angestrebt wurden, trat eine breite Palette ungelöster Fragen zutage. Diese fingen, wie die auf Veranlassung der Sozialdemokratie erfolgte Einsetzung der beiden „Sozialisierungskommissionen“ 1921 und 1922 zeigten, schon mit Zweifeln darüber an, welche Bereiche der Volkswirtschaft selbst in einer so hoch entwickelten kapitalistischen Ökonomie wie der deutschen überhaupt für eine Vergesellschaftung „reif“ seien. Erwogen wurden dann für ganz wenige wirtschaftliche Monopolbereiche Varianten von staatlichem und kommunalem Gemeineigentum sowie die Einführung von Wirtschafts- und Sozialräten.

DER SOZIALDEMOKRATISCHE WEG

Zentral für die Wirkungsgeschichte von Marx in der demokratischen Arbeiterbewegung war immer die Forderung des *Kommunistischen Manifests*, es gelte für die sozialistische Arbeiterpartei zunächst die Demokratie zu erkämpfen und in deren Rahmen dann die „gesellschaftliche“ Kontrolle des Eigentums an Produktionsmitteln schrittweise als „freie Assoziation der Produzenten“ zu ermöglichen, im Grunde als eine Fortsetzung der politischen Demokratisierung im Bereich der politischen Ökonomie.

Diese Forderung wurde im Erfurter Programm der SPD von 1891 in Gestalt der Formel einer „für und durch die Gesellschaft betriebenen Produktion“ übernommen, ebenfalls ganz ohne nähere Erklärung der damit gestellten praktischen Umsetzungsfragen. Bei Marx selbst sollte die „freie Assoziation der Produzenten“ gleichzeitig zwei der wesentlichen Probleme überwinden, die der Kapitalismus systematisch erzeugt. Sie soll zum einen die Arbeit in den Produktionsstätten von Fremdherrschaft emanzipieren und zu einer selbstbestimmten Lebensäußerung werden lassen. Sie soll zum anderen vor allem aber auch den materiellen „Stoffwechsel der ganzen Gesellschaft und mit der Natur“, also das System der Produktion als Ganzes, aus den Fängen egoistischer Privatinteressen und irrationaler Märkte befreien und einer vernunftgeleiteten gesamtgesellschaftlichen Steuerung unterwerfen.

In pragmatischer Übersetzung verlangen diese beiden wirtschaftspolitischen Imperative von Marx die Verbindung einer planvollen Koordination der gesamten Produktion mit der spontanen Selbstorganisation der Arbeiterinnen und Arbeiter in den einzelnen Produktionsstätten. Dies sind beides aus der Kritik der Wirkungsgesetze des Kapitalismus entspringende gesellschaftliche und humanistische Ziele, die jedoch die Frage aufwerfen, in welchem Maße sie in einer realen Wirtschaftsverfassung gleichzeitig realisiert werden können. Da sie jeweils in reiner Form die entgegengesetzten Logiken der dezentralen Marktsteuerung und der zentralen Plansteuerung verkörpern, käme ihre gleichzeitige volle Realisierung einer Quadratur des Kreises gleich.

Während Marx beteuerte, die mit der Vergesellschaftungsformel umrissene neue Produktionsweise sei das „endlich gelöste Rätsel der Geschichte“, hat er mit den von ihm genannten Bedingungen seinen Nachfolgern in der sozialistischen Arbeiterbewegung, sofern sie sich getreulich daran orientieren wollten, in Wahrheit ein neues Rätsel aufgegeben. Kein Wunder, dass diejenigen Vertreter der Arbeiterbewegung, die die beiden genannten Imperative gleich ernst nahmen, bei dem Versuch, einer Lösung des großen Rätsels halbwegs nahe zu kommen, ihrer jeweiligen Situation und Möglichkeit entsprechend weitgehende Kompromisse schließen mussten. Diese Kompromisse nahmen in den drei Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts extrem unterschiedliche Formen an.

Die sogenannten Anarcho-Syndikalisten, die in Südeuropa und den USA bis in die 1920er Jahre einflussreich waren, verabsolutierten den Aspekt der freien Assoziation und verstanden diese als eine lose Selbstorganisation der Produktionsstätten durch die Arbeiter und ihre Gewerkschaften. Der Staat durfte dabei keine positive Rolle spielen, da er auch in seiner demokratischen Form nur als eine weitere Instanz der Unterdrückung galt. Im völligen Gegenteil dazu interpretierten die Anhänger des Marxismus-Leninismus ausgehend vom feudalistischen Russland, einem Land ohne Demokratie, ohne Industrialisierung und ohne organisierter Arbeiterklasse, die Marxsche Formel im Sinne einer zentralen Planwirtschaft mit Staatseigentum an den Produktionsmitteln. Denn nur eine solche schien ihnen geeignet, die Entfaltung der industriellen Produktivkräfte überhaupt erst einmal zu ermöglichen. Damit entschieden sie sich für den allmächtigen zentralistischen Staat. Ihre Parole lautete: Sowjetmacht plus Elektrifizierung – das ist Kommunismus. Damit rechtfertigten sie die Diktatur ihrer Partei und das Ende der demokratischen Hoffnungen der Arbeiterbewegung.

Der sozialdemokratische Hauptstrom der europäischen Arbeiterbewegung war entschlossen, an beiden von Marx formulierten Imperativen für eine nachkapitalistische, menschenwürdige Wirtschaftsordnung im Dienst der Gesellschaft festzuhalten und



musste daher einen eigenen Weg beschreiten. Er rang gleichzeitig um Schritte der Emanzipation im Arbeitsprozess durch Mitbestimmung der Arbeiter und um die Demokratisierung der Wirtschaft von oben durch politische Regulierung. Auf diese Weise sollte die Dominanz der kapitalistischen Profitlogik allmählich zurückgedrängt und durch die „soziale Logik der Arbeiterklasse“ eingeschränkt und reguliert werden. „Von unten“ wurde die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen vorangetrieben, „von oben“ die makro-ökonomische Steuerung und soziale Einbettung der Märkte nach demokratisch entschiedenen Zielen. Auf diese Weise wurden allmählich größer werdende Schritte der Emanzipation der Arbeiter in den Produktionsstätten mit einer sich ausweitenden gesellschaftlichen Regulation der Märkte verbunden.

Die schrittweise Entfaltung der Leitideen und der Programmatik des „Reformsozialismus“ in der deutschen Sozialdemokratie begann mit der Revisionismus-Debatte 1896. Dessen Hauptakteur Eduard Bernstein verstand sich als Anhänger und Modernisierer des Marxismus, vor allem im Hinblick auf die Fehleinschätzungen von Marx, der Kapitalismus werde in absehbarer Zeit an seinen Widersprüchen unvermeidlich zerbrechen. Er entwickelte Vorschläge für die überzeugende Schließung der Lücke zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokratie durch eine konsequente Reformstrategie, welche die Folge der einzelnen Reformschritte mit den grundlegenden Zielen der Sozialdemokratie glaubwürdig verbinden. Der bei Marx angelegte Weg des Reformsozialismus sollte auf diese Weise von seinen Widersprüchen und Vagheiten befreit werden, um zu einer illusionslosen und eindeutigen Handlungsorientierung zu werden. Dafür schlug er vor, das Ziel der Sozialisierung nicht an bestimmte institutionelle Vorstellungen, z.B. die der Verstaatlichung zu binden, sondern als ein Prinzip zu interpretieren. Er wählte für dieses Prinzip den Begriff „Genossenschaftlichkeit“ als gleichberechtigte Teilhabe aller Betroffenen an den Entscheidungen, also Demokratisierung, und als faire Verteilung der Gewinne.

Nachdem dieses „revisionistische“ Verständnis des demokratischen Sozialismus als Prozess der umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft von der überwältigenden marxistischen Mehrheit der Partei auf ihrem Dresdener Parteitag von 1903 zunächst zurückgewiesen worden war, entfaltet es sich unter den demokratischen Bedingungen der Weimarer Republik und wurde allmählich zum zweiten maßgeblichen Strang des Programmdenkens neben dem „orthodoxen“ Marxismus. Dieser bewusst und offen formulierte reformsozialistische Strang widmete sich insbesondere der praxisorientierten Klärung der beiden Zentralfragen der Sozialdemokratie: der Bedeutung von „Vergesellschaftung“ und der Bestimmung des Verhältnisses zwischen

den eigentlichen Zielen der Arbeiterbewegung und den für ihre Erreichung am besten geeigneten Mitteln.

Die Parallelstruktur zwischen einem weiterhin eher „weltanschaulichen Marxismus“ und seiner konsequent „reformsozialistischen“ Variante trat beispielhaft im Gegensatz zwischen dem Görlitzer Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Mehrheitspartei (MSPD) von 1921 und dem Heidelberger Programm zutage, das sich die nach der zeitweiligen Abspaltung ihres linken Flügels (USPD) im Ersten Weltkrieg wiedervereinigte Partei 1925 gab. Während das Görlitzer Programm mit seiner reformsozialistischen Prägung wie ein Vorgriff auf das Godesberg Programm von 1959 wirkt, erscheint das Heidelberg Programm wie eine leicht modernisierte Fassung des marxistischen Erfurter Programms. Die Unentschiedenheit der Mehrheit der Partei bei der Beantwortung der Frage, ob sie nun den ihre Praxis schon immer prägenden reformsozialistischen Weg auch offiziell zum programmatischen Selbstverständnis aufwerten sollte oder doch am orthodoxen Marxismus mit seinem Versprechen einer historischen Sonderrolle der Partei festhalten soll, konnten erst nach den Erfahrungen mit Hitlerdiktatur, Weltkrieg und Exil endgültig überwunden werden.

Im reformsozialistischen Traditionszweig wurden nach den schon in der Frühphase der Weimarer Republik gescheiterten Illusionen einer Sozialisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel aus einem Guss die Debatten über praktikable Reformwege für eine effektive und demokratische gesellschaftliche Kontrolle des Eigentums an Produktionsmitteln vertieft und aus unterschiedlichen Perspektiven neu beantwortet. Erkenntnisleitend blieb dabei immer die Marxsche Forderung der Brechung der Gesetze der politischen Ökonomie des Kapitalismus durch Reformen zur Durchsetzung der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse. An die Stelle der schrankenlosen Kapitalverwertung sollte in wirksamen Schritten die Logik der sozialen Ein- und Vorsicht treten. Dieses Modell der schrittweisen Eindämmung der Logik des Kapitals durch die Logik der sozialen Verantwortung und Voraussicht ist zur fortgeltenden Grundlage der politischen Ökonomie der Sozialdemokratie geworden.

Zunächst aber errang in der Weimarer Republik eine innovative Weiterentwicklung der Marxistischen Kapitalismustheorie durch den zeitweiligen sozialdemokratischen Finanzminister Rudolf Hilferding große Aufmerksamkeit. In seinem Werk *Das Finanzkapital* beschreibt er die Herausbildung eines organisierten Kapitalismus und die Schlüsselrolle des Finanzkapitals in ihm. In diesem neuen Entwicklungsstadium entstehen zahlreiche Formen der kapitalistischen Selbstregulation, etwa in Form von Konzernen, Trusts und großer koordinierender Wirtschaftsverbände, sodass der regulative Einfluss der Großbanken und ihrer Wirtschaftsverflechtungen wächst. Der

Kapitalismus ist in ein neues Stadium seiner Entwicklung eingetreten. Seine Selbstorganisation erfolgt aber nicht im gesellschaftlichen Interesse, sondern dient weiterhin vorrangig den Interessen des Kapitals und der Kapitalistenklasse. Sie kann den Untergang des Kapitalismus zwar aufschieben, aber nicht vermeiden.

Gleichwohl boten die neuen Formen der Selbstorganisation auch für die Perspektive einer sozialistischen Transformation der Gesellschaft neue Ansatzpunkte. Die sozialistische Demokratisierung und Regulation im Interesse der ganzen Gesellschaft kann an den Nahtstellen der kapitalistischen Selbstorganisation ansetzen und diese für die sozialistische Zielsetzung nutzen. Damit arbeitet das kapitalistische System wider Willen seiner sozialistischen Überwindung entgegen. Entscheidenden Einfluss auf die Politik der Sozialdemokratie in der Weltwirtschaftskrise hatte dann allerdings Rudolf Hilferdings eher orthodox marxistische Schlussfolgerung, die eine konstruktive Wirtschaftspolitik gegen die Krise für aussichtslos hielt, solange der Kapitalismus fort besteht. Abermals zeigt sich die grundlegende Schwäche des orthodoxen Marxverständnisses, das wirkliche sozialistische Fortschritte nur aus der Überwindung des Kapitalismus im Ganzen erwartete und sich daher auf den Weg seiner schrittweisen Umgestaltung durch systemverändernde Reformen nicht einlassen konnte.

STAAT UND MARKT

Ein bleibendes Kernelement für die reformsocialistische Politik der demokratischen „Vergesellschaftung“ von Produktionsmitteln hat in den 1920er Jahren der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner, der sich gleichfalls in der Marxschen Tradition sah, in seinem Buch *Die soziale Funktion der Rechtsinstitute* erarbeitet. Durch die Verschränkung von Staat und Wirtschaft im Recht wird unter Bedingungen der politischen Demokratie eine gesellschaftliche Steuerung des Wirtschaftsgeschehens im Sinne der sozialistischen Zielsetzung auch ohne eine formelle Sozialisierung der Produktionsmittel in zunehmendem Maße möglich. Renner legte systematisch dar, dass der demokratische Staat durch seine Rechtssetzung diejenigen wirtschaftlichen Entscheidungsfunktionen unter gesellschaftliche Kontrolle bringen könne, für die dies aus sozialen Gründen erforderlich sei, und zwar in differenzierter Weise je nach wirtschaftlichem Handlungsbereich und wirtschaftlicher Teilfunktion. Bei dieser Art von faktischer Sozialisierung müsse das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht nominell aufgehoben, sondern in seinem Gebrauch nur wirkungsvoll eingeschränkt und gelenkt, sozusagen demokratisch ausgehöhlt werden. Auf diese Weise kann zielstrebige Politik eine Durchstaatlichung der Wirtschaft erreichen, die die Zwecke sozialistischer Wirtschaftspolitik zielgerecht und in zunehmendem Maße zu realisieren erlaubt. Diese Ver-

gesellschaftungsstrategie wurde von einem der Theoretiker des schwedischen Modells in den 1960er Jahren mit dem treffenden Begriff funktionaler Sozialismus bezeichnet (Gunnar Adler-Karlsson).

Der sozialdemokratische Politökonom Eduard Heimann hat diese Ansätze systematisiert und darüber hinaus weitere bahnbrechende Beiträge zur sozialistischen Theoriebildung auf drei zentralen Erkenntnisgebieten geleistet, die alle zu bleibenden Grundlagen wurden: Er zeigt, wie der religiösen Sozialismus zu einer Grundlegung des Reformsozialismus beitragen kann, und er entwickelte klärende Beiträge zur Rolle des Marktes in der politischen Ökonomie des demokratischen Sozialismus sowie zur Transformation des Kapitalismus. Sein Religionsverständnis veranlasste ihn zur Entfaltung einer Position, die zeigte, dass die Ethik der christlichen Religion und das von ihr begründete Sinnverständnis menschlichen Lebens letztlich allein in einer sozialistischen Gesellschaft erfüllt werden könne. Als politischer Ökonom plädierte er in zahlreichen wissenschaftlichen Beiträgen dafür, zu Gunsten einer realistischen Wirtschaftskonzeption den Begriff Markt von dem des Kapitalismus deutlich zu trennen. Im Markt sah er ein „technisches Prinzip“ der gesellschaftlichen Kontrolle wirtschaftlicher Entscheidungen, sobald er nicht länger von kapitalistischen Großkonzernen beherrscht wird. Auf ihn zu verzichten, bedeutet bürokratischen Zentralismus in Kauf zu nehmen.

Damit zog er am Ende der 1920er Jahre wegweisende Konsequenzen aus dem bürokratisch-planwirtschaftlichen Experiment des Kommunismus in der Sowjetunion, ohne die Perspektive einer sozialistischen Transformation des Kapitalismus preiszugeben. Eine Politik, die gleichzeitig die ökonomische Befreiung der arbeitenden Menschen und die Weiterentwicklung der modernen Produktivkräfte erstrebt, muss Heimann zufolge durch die zielorientierte Kombination der Elemente Planung, Kontrolle und Sozialisierung den Markt in eine soziale Richtung drängen, nicht aber seine komplette Aufhebung ins Auge fassen:

„Der Markt ist das eigentlich wirtschaftliche an der modernen Wirtschaft; seine Zerschlagung wäre ein Sprung in das Nichts ... Markt und Kapitalismus sind durchaus nicht dasselbe ... Sozialistische Aufgabe ist es, die technischen von den sozialen Bedingungen des Marktes zu sondern und der freien Bewegung der wirtschaftlichen Menschen solche zentralen Bedingungen zu setzen, dass ein kapitalistischer Ausbruch vermieden wird.“

Damit gelangte er zu einer für die bis dahin herrschende sozialistische Theoriebildung bahnbrechenden Position, die im Hauptstrom der sozialistischen Theoriebildung und Programmatik erst im Godesberger Programm der SPD von 1959 ihren Niederschlag fand.

Von besonderem Gewicht für das sozialdemokratische Politikverständnis ist die Transformationstheorie Eduard Heimanns als Systematisierung des bei Marx angelegten Reformsozialismus. Der demokratische Sozialismus ist ihm zufolge ein Strukturprinzip für die Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse, dessen Verwirklichung durch die schrittweise Umprägung der vom kapitalistischen Gegenprinzip geformten Strukturen in allen gesellschaftlichen Bereichen erfolgt. Als Prinzip der sozialen Freiheitsordnung steuert das sozialistische Programm einen kontinuierlichen Prozess des Teilabbaus der nach kapitalistischem Sozialprinzip fungierenden Strukturen und verschafft auf diese Weise dem sozialistischen Prinzip in zunehmendem Maße Geltung, so wie es beispielhaft bei der Arbeitnehmermitbestimmung im Unternehmen geschieht. Heimann begreift also den Prozess der sozialistischen Transformation als die konstruktive und schrittweise Umformung kapitalistischer Strukturelemente durch sozialistische, so dass die Gesellschaft insgesamt immer mehr den Funktionsimperativen des sozialistischen Prinzips der „sozialen Freiheit“ genügt. Damit lieferte Heimann eine sozialwissenschaftliche Begründung für die Angemessenheit einer konstruktiv-reformerischen Strategie des Sozialismus in komplexen Gesellschaften.

Diesem Ziel einer reformsozialistischen Verwirklichung der Vergesellschaftung diene auch das Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das in der Weimarer Republik als Gewerkschaftsprojekt unter der Leitung von Viktor Agartz entwickelt wurde. Es ist in seinen Grundgedanken ebenfalls zu einem zentralen Element der politökonomischen Vorstellungswelt der Sozialdemokratie geworden. Seine leitende Idee geht davon aus, dass sowohl die demokratische Rahmensetzung für die Wirtschaft wie auch deren maßgebliche Prozesssteuerung unter Beibehaltung aller positiven Effekte der Marktsteuerung durch paritätische Entscheidungsgremien auf allen Handlungsebenen vom Unternehmen bis zum Staat gewährleistet werden kann. Das setzt voraus, dass alle maßgeblichen Entscheidungen des Wirtschaftsprozesses, die über die Spielräume des Marktes und der Einzelunternehmer entscheiden, unter Beteiligung der Anteilseigner, der Arbeitnehmervertreter und des Staates getroffen werden, wobei die jeweiligen Formen der Institutionalisierung variieren können. Es geht im Wesentlichen immer um die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Entscheidungsmacht.

Der Kerngedanke der Vergesellschaftung als Wirtschaftsdemokratie bleibt eine zentrale Orientierung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sozialen Demokratie. Sie hat ebenso wie das Bekenntnis zum Marxschen Erbe als einer ihrer Quellen einen zentralen Platz im aktuellen Grundsatzprogramm der Partei gefunden. Die Sozialdemokratie der Gegenwart schöpft in ihren Programmen aus vielen wissenschaftlichen und ethischen Quellen, aber die Impulse des demokratischen Marxismus sind in ihr lebendig geblieben.

5.

MARX UND SPD IN DER BUNDESREPUBLIK

Als größter lebender Denker wurde Karl Marx von Friedrich Engels in seiner Grabrede bezeichnet. Damit begann unmittelbar mit dem Tod von Marx die idealisierte und huldigende Darstellung seines Lebens, in der SPD früh befördert durch die Marx-Biographien von Wilhelm Liebknecht und Franz Mehring und die Kanonisierung seiner Schriften zu einer revolutionären Weltanschauung. Diese Verherrlichung der Person Marx und die bereits durch Engels begonnene Konstruktion einer geschlossenen Lehre des Marxismus prägten das Weltbild der SPD im Kaiserreich und weitgehend noch in der Weimarer Republik. Doch stritten die sozialdemokratischen Intellektuellen, wie vorstehend gezeigt, bald darum, wie die Marxsche Lehre angesichts der Veränderungen des Kapitalismus weiterentwickelt werden sollte. Ausgehend von Eduard Bernstein entwickelte der marxistische Revisionismus Reformstrategien, die das Revolutionäre der Theorie relativierten und die Theorie mit der Realität des Kampfes um schrittweise Verbesserungen der sozialen Lage zusammenbrachten. Die kommunistische Vereinnahmung von Marx im Sinne Lenins und Stalins hingegen ordnete den Marxismus vollends den bolschewistischen Machtinteressen unter und verkündete eine angeblich wissenschaftlich-unumstößliche Heilslehre, bei der am Ende die kleinste Abweichung tödlich sein konnte. In der SPD schlug das Pendel in den 1950er Jahren, zu Zeiten der Integration in die westliche Welt, in die gegensätzliche Richtung aus und führte weitgehend zur Verbannung von Marx. Es gab zwar ihrem Selbst-

verständnis nach durchaus Marxisten in der SPD, die sich weiter in die programmatischen Diskurse einbrachten; diese waren jedoch überwiegend zu jugendkulturellen (Falken, Jusos) und intellektuellen (SDS, Einzelpersonlichkeiten) Randphänomen geworden.

VORÜBERGEHENDER ABSCHIED VON MARX

Das Godesberger Programm wurde im November 1959 fast einstimmig beschlossen. Der ein halbes Jahr zuvor veröffentlichte marxistische Alternativvorschlag von Wolfgang Abendroth, der wie aus der Zeit gefallen noch von radikalem Weimarer Klassenkampfdenken geprägt war, spielte auf dem Parteitag keine Rolle. Und der ebenfalls von marxistischer Gesellschaftsanalyse inspirierte, spät eingebrachte Gegenentwurf von Peter von Oertzen, der an einer grundsätzlichen Transformation des Kapitalismus hin zur politischen Lenkung der Wirtschaft und Wirtschaftsdemokratie festhielt, scheiterte auf dem legendären Parteitag in der Godesberger Stadthalle, er bekam lediglich 16 von 340 Delegiertenstimmen.

Das Godesberger Programm war keineswegs, wie Kritiker meinten, eine opportunistische Anpassung mit dem taktischen Ziel, den „30-Prozent-Turm“ zu verlassen und sich auf dem Weg zur ersten Großen Koalition zu machen. Ihm voraus gingen jahrelange intensive theoretische Diskussionen, in denen wie im Revisionismusstreit um die Jahrhundertwende der Geschichtsdeterminismus des Historischen Materialismus und der Ansatz des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ in Frage gestellt wurden. Allerdings diesmal mit anderem Ausgang, den Carlo Schmid später mit den Worten kommentieren konnte, Bernstein habe auf der ganzen Linie gesiegt.

Die SPD, so das Godesberger Programm, wolle keine „letzten Wahrheiten“ mehr verkünden. Das die Partei einigende Band sind die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und das gemeinsame Ziel der demokratische Sozialismus. Das Programm stellt eine Absage dar an die traditionell marxistische Sichtweise eines klaren Systembruches zwischen Kapitalismus und Sozialismus, festgemacht wie auch immer an Verstaatlichung und Planwirtschaft, die Privateigentum und Marktwirtschaft ersetzen sollten. Demgegenüber wird eine Reformstrategie entwickelt, für die sich ebenfalls durchweg Belege in den Schriften von Marx finden. Es ging schon lange nicht mehr darum, mit Gewalt, Barrikadenkampf und Diktatur des Proletariats den revolutionären Umsturz zu erzwingen, es ging auch nicht mehr darum, mehr oder weniger abzuwarten bis die Verhältnisse wie auch immer reif seien und die Revolution „über uns“ kom-

me. Es geht jetzt darum, in der soziökonomischen Realität schrittweise die Logik des Profits und die wirtschaftliche Macht, wo sie Schaden anrichtet, durch das Primat der Politik und durch Demokratisierung zurückzudrängen.

„Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.“ Sozialismus sei somit nicht das Endziel historischer Entwicklungen, sondern die dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

Wahrscheinlich übertrieb das Godesberger Programm etwas im Sinne des damaligen Zeitgeistes, so würde man heute hinter das Hohelied des technischen Fortschritts und des stetigen Wirtschaftsaufschwungs manches Fragezeichen machen. Und während des Kalten Krieges angesichts der kommunistischen Gefahr und der zunehmenden Spaltung Deutschlands, anderthalb Jahre vor dem Bau der Mauer, wurde der demokratische Sozialismus nur noch auf drei ideengeschichtliche Wurzeln zurückgeführt: auf die christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie. Der Hinweis auf eine weitere Wurzel, den Marxismus, fehlt, obwohl diese Wurzel doch in allen vorangegangenen Grundsatzprogrammen die entscheidende Rolle gespielt hatte. Dass Marx sich hinter dem Humanismus verberge, war wohl eher ein nachgeschobenes Hilfsargument. Die folgenden SPD-Grundsatzprogramme Berlin 1989 und Hamburg 2007 korrigierten dies denn auch, dort wird wieder angemessen an die Marxschen Wurzeln der SPD erinnert.

Es gelang durch das Konzept des demokratischen Sozialismus im Godesberger Programm jedoch nicht, eine bewusste, sich auf Marx kritisch beziehende, revisionistisch-reformistische Theorietradition zu begründen. Anschließend schien es, als ob der Abschied vom orthodoxen Marxismus den Abschied von jeder sozialistischen Theorie überhaupt bedeute. So auch das Fazit des Politikwissenschaftlers Horst Heimann: „Durch das Godesberger Programm wurde zwar die von Bernstein geforderte Übereinstimmung zwischen Praxis und Theorie hergestellt, doch die das reformistische Sozialismuskonzept begründende Theorie wurde bald vergessen.“ Dabei ist die Fundierung langfristig angelegter Reformpolitik durch Gesellschaftsanalyse und die Werte des demokratischen Sozialismus etwas ganz anderes als Dogmatismus und Prinzipienreiterei.

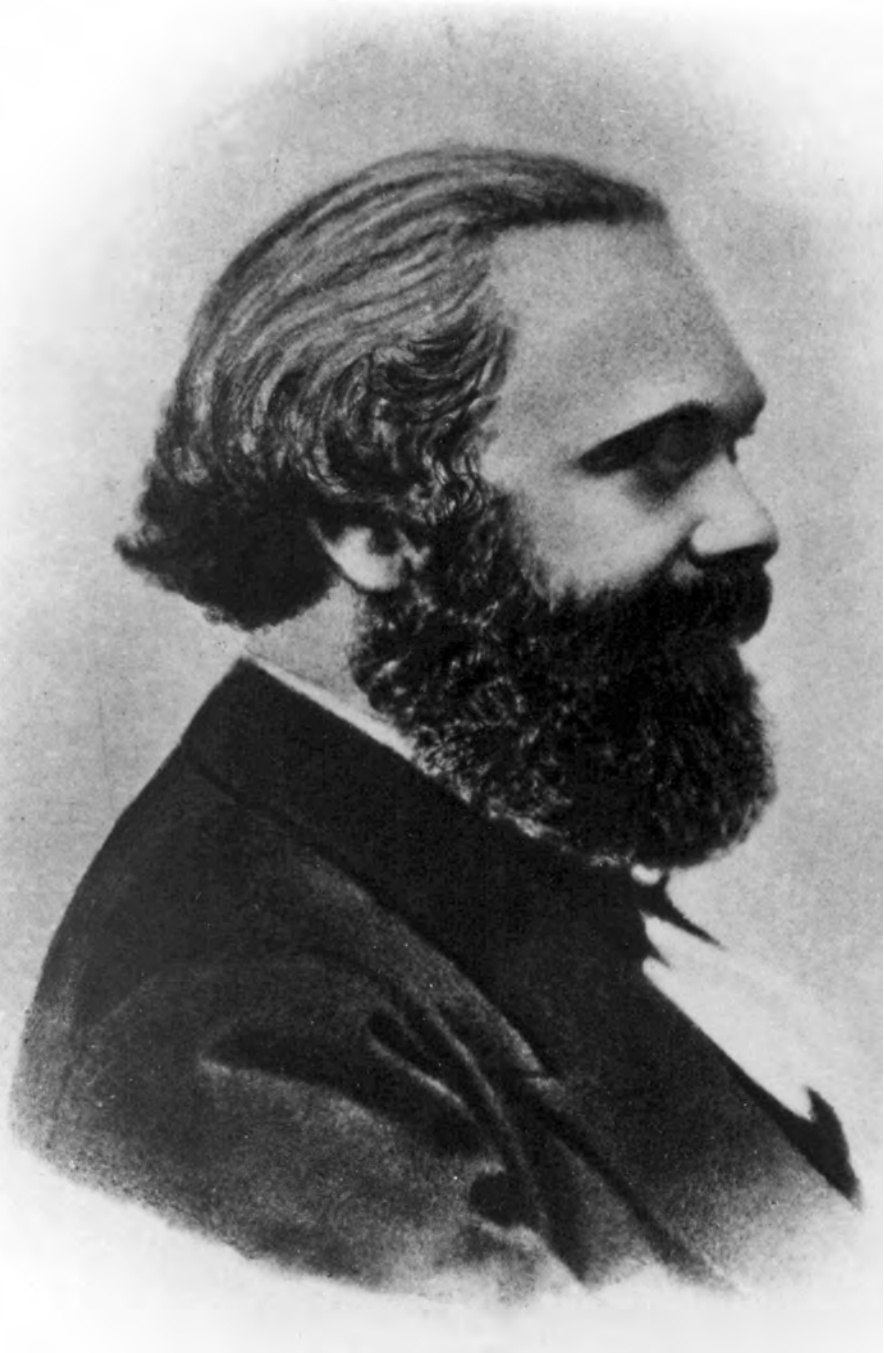
NEOMARXISMUS DER „68er“

So konnte der Eindruck theoretischer Sprachlosigkeit der SPD gegenüber der Studentenbewegung, die sich zunehmend marxistische Theoretiktraditionen aneignete, entstehen. Es kam zunächst im sich radikalisierenden Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), mit dem die SPD 1961 gebrochen hatte, und dann seit Mitte der 1960er Jahre in der studentischen Opposition insgesamt zu einer Renaissance des revolutionären Marxismus. Anders als in der Weimarer Republik eben nicht bei Arbeitern und Arbeitslosen, sondern unter angehenden Akademikern. Marxismus, Psychoanalyse, analytische Sozialpsychologie, Kapitalismus-, Klassen- und Imperialismustheorien wurden nach jahrzehntelanger Unterbrechung erneut diskutiert.

Zentral war zunächst die marxistisch inspirierte fundamentale Kritik der bestehenden Verhältnisse durch die Frankfurter Schule: Theodor W. Adornos Studien zum autoritären Charakter und seinem Verdikt, es gibt keine richtiges Leben im falschen, was als Aufruf zur umfassenden Rebellion missverstanden wurde; Wilhelm Reichs massenpsychologische Analysen, die Marxismus mit Psychoanalyse und Sexualtheorie verbanden; Herbert Marcuses „große Verweigerung“, dessen neomarxistische Verheißung sich nicht mehr an die arbeitende Mehrheit richtet, die durch „Warenfetischismus“ und „repressive Toleranz“ manipuliert wären, sondern die rebellische Jugend zur revolutionären Avantgarde erklärt. Marcuse propagierte die Zerschlagung der unterdrückenden bürgerlichen Moral, die Ängste und Unsicherheit erzeuge, und entwarf eine kulturtheoretische, konsumkritische und die Sexualität befreiende Revolutionsperspektive.

Auch die Lektüre antistalinistischer Marxisten wie Leo Trotzki, Otto Rühle oder Karl Korsch, die mehr auf revolutionäre Rätediktatur als auf kommunistische Parteiavantgarde setzten, verstärkten den antireformistischen Radikalismus der Neuen Linken. Die Diskreditierung der politischen Demokratie als zu bekämpfender „bürgerlicher Staat“, oder die Parole der „permanenten Revolution“ hatten auch mit solchen Marxinterpreten zu tun.

Von anderen rezipierten marxistischen Theoretikern, wie Antonio Gramsci, Georg Lukács, Ernst Bloch, wurden besonders Fragen des Klassenbewusstseins und des revolutionären Willens aufgegriffen. Einerseits wurden die historische Mission der Arbeiterklasse sowie die Rolle von Intellektuellen und der Kultur genauer hinterfragt, andererseits blieb bei aller inhaltlichen Unbestimmtheit das Paradigma vom großen revolutionären Bruch hin zur kommunistischen Utopie der Maßstab.



200 JAHRE **KARL MARX**

Zwei weitere Tendenzen wurden für den antireformistischen Neomarxismus der Neuen Linken charakteristisch: Zum einen die Übertragung des Klassenkampfes auf die Völker der Dritten Welt, die Identifikation mit kämpfenden Befreiungsbewegungen, die die weltweite Revolution gegen den westlichen Imperialismus und kolonialisierenden Spätkapitalismus anführen würden. Nicht von ungefähr waren Che Guevara, Ho Tsch-minh und Mao Zedong Ikonen der Revolte. Zum anderen fand die akademische Revolutionseuphorie immer mehr ihren Ausdruck im Glauben an polit-ökonomische Gesetzmäßigkeiten, in deren Mittelpunkt die marxistische Krisen- und Zusammenbruchstheorie stand. „Das Kapital lesen“ wurde ein paar Jahre lang zur stereotypen Antwort auf alle Fragen theoretischer wie unmittelbar praktischer Natur.

In der Phase der Dogmatisierung, der Gründung und Spaltung von marxistischen Gruppen und linksradikalen Kleinstparteien, nahm in den frühen 1970er Jahren der Einfluss des ökonomistischen Ableitungsmarxismus, der eindimensional alles auf den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit reduzierte, weiter zu. Die leninistische Beantwortung der „Organisationsfrage“, also autoritäre Avantgardeparteien, bei denen die Führung immer Recht hat, dominierte. Die vermeintlich wissenschaftlichen Lehren der marxistischen Klassiker wurden auch zur Begründung der Abgrenzungskämpfe untereinander genutzt. Und jahrelang war es Konsens, Revisionismus und Reformismus als negative Kampfbegriffe einzusetzen, mit denen der angebliche Verrat der SPD an Revolution, Sozialismus und Interessen der Arbeiterklasse zu geißeln war. Zudem waren die Gemäßigteren in der Neuen Linken, die – natürlich unter ihrer eigenen Führung – ein Bündnis fortschrittlicher Kräfte einschließlich der SPD anstrebten, ironischerweise diejenigen, die den Einflussstrategien der DDR, ihrer vielen Vorfeld-, Tarnorganisationen und Agenten besonders erlegen waren.

MARXISTISCH FRAKTIONIERTE JUNGSOZIALISTEN

Nicht nur die Studentenrevolte, die ApO (Außerparlamentarische Opposition) und der anschließende sozialliberale Reformaufbruch mit Willy Brandt 1969 veränderten das Land. Auch die seit 1969 links von der SPD positionierten Jungsozialisten gewannen an Einfluss, seit Mitte der 1960er Jahre bis 1973 stieg der Anteil der unter 35jährigen von weniger als 50% auf fast zwei Drittel der Parteimitglieder. Diese nie dagewesene Eintrittswelle, auch Teil des Marsches durch die Institutionen, führte 1973 zu einem Höchststand von 300.000 Juso-Mitgliedern, die viele SPD-Gremien „übernahmen“.

Nach ihrer „Linkswende“ hin zu einem „sozialistischen Richtungsverband“ hatten auch die akademischen Führungsgruppen der Jusos den Marxismus übernommen. Sie traten für eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere der Wirtschaft und des Staates ein, für die Vergesellschaftung von strukturbestimmenden Bereichen der Wirtschaft und der „Schlüsselindustrien“, für zentrale gesamtgesellschaftliche Planung der Investitions-, Forschungs- und Entwicklungsprioritäten bei relativer Autonomie der einzelnen Unternehmen. Diese antikapitalistischen Strukturreformen sollten durch eine „Doppelstrategie“ von inner- und außerinstitutioneller Arbeit durchgesetzt werden. Dies bedeutete einerseits, mit dem „Standbein“ in der SPD zu agieren und dort Machtpositionen zu besetzen, um inhaltliche Positionen durchzusetzen, und andererseits mit dem „Spielbein“ in sozialen Bewegungen präsent zu sein und mit diesen gemeinsam inhaltlichen Druck auf die politischen Institutionen und natürlich auch auf die Mutterpartei SPD auszuüben.

Dieser strategische Ansatz ließ zwei zentrale Fragen offen, die später immer wieder zum Gegenstand von Konflikten innerhalb der Juso-Organisation wurden: die Frage nach der Rolle und den Grenzen des Staates bei antikapitalistischer Politik sowie die Frage nach der Rolle und den Grenzen der SPD im Transformationsprozess hin zum Sozialismus. So zerfielen auch die Jungsozialisten, gewissermaßen in Nachahmung der Studentenbewegung, bald in sich gegenseitig bekämpfende marxistische Fraktionen. In ihrer jahrelangen Strategiedebatte spitzten sich theoretische Auseinandersetzungen zwischen den Flügeln zu, die alle einen „antikapitalistischen Anspruch“ hatten. Bis in die 1990er Jahre hinein verfestigten sich drei Strömungen, die sich in unterschiedlicher Weise auf Marx beriefen: die Reformsozialisten, die Stamokaps und die Antirevisionisten.

Dabei verbanden die beiden letzteren Strömungen in revolutionär-marxistischer Tradition Gesellschaftsveränderung mit der Behauptung einer ökonomischen Systemgrenze, die letztlich auf Plan statt Markt, auf staatliches oder selbstverwaltetes Gemeineigentum statt Privateigentum hinauslief. Kritiker sahen bei den Vorstellungen eines Systemsprunges die Zweifel nie ganz ausgeräumt, wie beim Totalumschwung hin zu einer ganz anderen Gesellschaftslogik eigentlich Transformation und Demokratie vereinbar seien, wenn auch alle Jungsozialisten selbstverständlich immer beteuerten, das Demokratische solle bei diesem Systemwechsel nicht zu kurz kommen.

Bei den Vertretern der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, den Stamokaps, deren Gesellschaftsanalyse wesentlich aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED stammte, lief es vor allem darauf hinaus, über eine „konsequent sozialistische“ SPD und ein antimonopolistisches Bündnis aller fort-

schrittlichen Kräfte, das die Kommunisten einschloss, den Staatsapparat zu erobern und die dortigen Personen auszutauschen.

Bei den Anhängern der Theorie des Antirevisionismus, den Antirevis, die eher in der Tradition Rosa Luxemburgs auf revolutionäre Massen, Spontaneität und Rätesozialismus setzten, war der Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur vorstellbar durch Basismobilisierung und gesellschaftliche Selbstorganisation. Staatliche Politik auf kapitalistischer Grundlage könne, auch wenn sie auf sozialdemokratischen Mehrheiten basiere, zwar das sozialistische Bewusstsein fördern, soziale Bewegung unterstützen und so die Revolution vorbereiten helfen, jedoch nie wirklich die Verhältnisse grundlegend umwälzen.

Die undogmatischen Reformsozialisten, die Refos, für die Marx eher Inspirationsquelle als gestrenger Lehrmeister war, dominierten anfänglich den linksgewendeten Bundesverband der Jusos mit ihren Theorieansätzen von antikapitalistischen Strukturformen und der Doppelstrategie. Sie hielten es bereits auf kapitalistischer Basis für möglich, eine sozialistische Wirtschaftspolitik zu betreiben, über deren konkrete Machbarkeit jedoch ebenfalls heftig diskutiert wurde. Doch müsse der Staat nicht prinzipiell als eine in strukturelle Systemzwänge eingebundene pro-kapitalistische Instanz funktionieren. Die Arbeiterbewegung und andere emanzipatorische Bewegungen könnten mit ihrer Gegenmacht auf den Staat derart Einfluss ausüben, dass er zu schrittweiser antikapitalistischer Reformpolitik befähigt wird. Dies sollte einhergehen mit der Machtübernahme in der SPD durch den reformsozialistischen Flügel – diese sozialdemokratische Variante des Marsches durch die Institutionen stand unter dem Motto „Wir sind die SPD der achtziger Jahre“.

Die Differenz zwischen orthodoxem und undogmatischem Marxismus, zwischen letztlich doch revolutionärem Sozialismus und dem demokratischen Reformsozialismus, wurde besonders deutlich in der Debatte, ob der Staat im Kapitalismus „ideeller Gesamtkapitalist“ wesensmäßig *ist* oder als solcher durch die gegenwärtig Macht habenden Personengruppen nur *wirkt*: Im ersten Fall müsste es zu Ende gedacht auf die Zerschlagung des „bürgerlichen Staates“ und dessen Ersetzung durch ein Revolutionsregime hinauslaufen. Wenn aber nicht nur das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern auch das System politischer Demokratie mit seinen Menschen- und Bürgerrechten im Namen einer zukünftigen neuen Gesellschaftsordnung zur Disposition gestellt würde, wenn letztlich revolutionäre Machtsicherung vor Freiheit rangiert, so ist dies mit sozialdemokratischen Grundwerten sicher unvereinbar. Der demokratische Sozialismus will im Gegensatz dazu ja gerade die Ausdehnung des demokratischen Prinzips

auch auf den Bereich der Wirtschaft, als Soziale Demokratie, als Korrektiv der Kapitallogik und Zurückdrängung des Profitprinzips.

Entsprechend sprach der Beschluss des Münchener Bundeskongresses der Jungsozialisten 1973 denn auch letztlich vom Wirken des Staates als ideeller Gesamtkapitalist. Prinzipiell kann der Staat bei anderer Machtverteilung eben auch im Sinne sozialistischer Umgestaltung wirken. Bei aller, die Dominanz des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit betonenden, marxistischen Wortradikalität ließ der Beschlusstext zur Rolle des Staates diese Interpretation zu – als entscheidende Voraussetzung für eine schrittweise Reformpolitik einer linksgewendeten SPD:

„Allgemein gesprochen besteht die Funktion des kapitalistischen Staates, als Teil des gesamten gesellschaftlichen Überbaues mit all seinen Einrichtungen, Normsetzungen und seinen Möglichkeiten, Macht und Herrschaft ausüben zu können (wie z.B. durch Gesetzgebung, Regierung, Gerichte, Strafvollzug, Schule, Polizei, Militär usw.), in der Aufrechterhaltung des privaten Kapitalverwertungsprozesses. Dabei geht es vorrangig nicht darum, Partikularinteressen von Einzelkapitalen wahrzunehmen, vielmehr ist das gesamtkapitalistische Interesse Rahmenbedingung staatlichen Handelns: der Staat wirkt als ideeller Gesamtkapitalist. (...) Ist er so seinem Wesen nicht Instrument einzelner Kapitalgruppen – z.B. der Monopole –, so ist er erst recht nicht ohne weiteres für die Interessen der Lohnabhängigen zu funktionalisieren. Er kann nur dann für die Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen genutzt werden, wenn er selbst durch ihre Gegenmacht demokratisch kontrolliert wird. Dem steht allerdings zunächst entgegen, daß der Staat sich bis heute unter anderem durch einen ‚wohlfahrtsstaatlichen‘ Anspruch die Loyalität der Massen sichern konnte.“

Selbst eine derartige marxistisch inspirierte Gesellschaftskritik ist noch anschlussfähig an das Godesberger Programm, das immerhin Formulierungen wie die folgenden enthielt:

„Im demokratischen Staat muß sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muß über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. (...) Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.“

MARXISTISCHE SPD-INTELLEKTUELLE – HALBIERTER REFORMISMUS?

Die SPD ist zwar keine marxistische Weltanschauungspartei mehr, in ihrem Prinzip des weltanschaulichen Pluralismus bei der Begründung des demokratischen Sozialismus haben aber auf Marx gestützte Betrachtungen und Orientierungen nach wie vor ihren festen Platz. So hieß es im Berliner Grundsatzprogramm der SPD 1989:

„Der Demokratische Sozialismus in Europa hat seine geistigen Wurzeln im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung.“

”

*Der Demokratische
Sozialismus in
Europa hat seine
geistigen Wurzeln im
Christentum und in
der humanistischen
Philosophie, in
der Aufklärung,
in Marxscher
Geschichts- und
Gesellschaftslehre
und in den
Erfahrungen der
Arbeiterbewegung.*

Und im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007:

„In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie versteht sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat.“

Zu einer möglichst breit aufgestellten Volkspartei links der Mitte gehören auch linkssozialistische, an Marx anknüpfende Positionen und Strömungen. Wobei diejenigen Parteiintellektuellen, die sich in besonderer Weise auf die Lehre von Marx berufen, zu einer Minderheit auch unter den sich im SPD-Spektrum eher links verstehenden Theoretikern und Denkern wurden. Weit häufiger sind dort humanistisch-reformsocialistische Vorstellungen, für die das Marxsche Erbe nur eine, keineswegs die alleinige und oftmals nicht einmal die wichtigste, theoretische Bezugsgröße darstellt. Da werden Immanuel Kant und andere Begründer der aufgeklärten Vernunft als Quellen des Sozialismus ebenso

bedeutsam wie die Marxsche Kapitalismuskritik. Zudem ist Gesellschaftskritik seit der in den frühen 1980er Jahren sichtbar gewordenen ökologischen Krise des Fortschritts auch ökologisch bzw. ökosozialistisch motiviert. Und christliche Begründungszusammenhänge sind aller Marxschen Religionskritik zum Trotz in der Sozialdemokratie sehr lebendig.

Die besondere Aura der SPD und deren Glaubwürdigkeit basiert im Kern auf der Verbindung praktischer Reformschritte, die das Leben verbessern, mit längerfristigen Perspektiven der sozialen, demokratischen und ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Glaubwürdigkeit geht verloren, wenn sich der sozialdemokratische Horizont auf den Erhalt von Regierungsmacht und politische Taktik und auf die vier Jahre eines Koalitionsvertrages verengt. Sichtbar bleiben muss gerade auch bei einer konsequenten Reformpolitik durch Debatten der Partei über ihre längerfristige Orientierung die große sozialdemokratische Erzählung, das übergreifende Narrativ.

Andererseits hat sich aber auch bei „konsequenten“ Marxisten in der SPD gezeigt, dass ihr Beharren auf einem „eigentlichen“ und „wissenschaftlichen“ Begriff des Sozialismus, wenn sie ihn mit loyalen Mitwirken an der alltäglichen sozialdemokratischen Reformpolitik verbinden, zu Ungereimtheiten führt. Prinzipienfeste Theorie und pragmatische Praxis lassen sich bei zu enger Textgläubigkeit gegenüber den Marxschen Schriften kaum in Übereinstimmung bringen. Dies gilt umso mehr beim Festhalten an einer quasi säkularisierten Heilserwartung, die immer unrealistischer wird und in allzu weite Ferne rückt. So ist der Historiker Philipp Kufferath für den langjährigen „Parade-Marxisten“ in der SPD, Peter von Oertzen zu folgendem – exemplarischen – Befund gelangt: „Der formulierte intellektuelle Anspruch, sozialistische und antikapitalistische Prinzipien, wissenschaftliche Erkenntnisse, eine pragmatische Reformperspektive und demokratisch-partizipative Strukturen als Bestandteile einer politischen Gesamtstrategie zu begreifen und deren unveräußerlichen Zusammenhang immer wieder geduldig in alle Richtungen auszuverhandeln, dürfte eine außergewöhnlich ambitionierte Identitätskonstruktion sein, die Spannungen und Widersprüche garantiert und kaum über einen längeren Zeitraum zu bewältigen ist.“ Vor diesem grundsätzlichen Dilemma des „konsequenten“ Marxismus standen – auf jeweils unterschiedliche Weise – eben auch viele andere prominente Intellektuelle in der SPD, erinnert sei an Wolfgang Abendroth, Ossip K. Flechtheim, Jochen Steffen oder Helga Grebing.

Fritz Sternberg (1895–1963)

Beispielhaft in diesem Sinne kann der Wissenschaftler und Publizist Fritz Sternberg gelten. Bereits in den 1920er Jahren war er Vordenker eines radikalen jugendlichen Linkssozialismus, und blieb sein Leben lang den Methoden des Marxschen Denkens verpflichtet. Dies auch, als er aus dem US-amerikanischen Exil zurückgekehrt, im Nachkriegsdeutschland durch vielfältige Artikel, Reden und Bücher auf Gewerkschaften und SPD gewissen Einfluss ausübte. Einerseits lassen sich in seinem Werk Belege für solche Lehren des Marxismus finden, hinter die deutliche Fragezeichen gehören: die Zusammenbruchtheorie, nach der der Kapitalismus naturnotwendig kollabieren muss, die Theorie der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse, die Theorie der Tendenz zu imperialistischen Kriegen, die dem Monopolkapitalismus innewohne, die Theorie vom revolutionären Übergang zum Sozialismus (wobei die Frage des richtigen Zeitpunkts – zu früh, zu spät – immer ein Problem war), die Theorie von der „sozialistischen Produktionsweise“, die den Kapitalismus durch Planwirtschaft ablösen wird und die zum Ende der Ausbeutung des Menschen führt. Andererseits war Sternberg stets bemüht, sich als kritischer Schüler von Marx mit dessen historischen Irrtümern auseinanderzusetzen. „Der Marxismus kann nur leben, wenn er stets angewandt, wenn er stets mit der Analyse der konkreten ökonomischen und politischen Probleme verbunden wird“, schrieb Sternberg 1955 in *Marx und die Gegenwart*. Auch in seinem letzten Buch 1961 *Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?* entwickelte er, wie bereits in seinem erfolgreichen Erstlingswerk „*Der Imperialismus*“, das er als Dreißigjähriger schrieb, Überlegungen von Marx zum kapitalistischen Weltmarkt weiter und erwies sich als einer der ersten als scharfsichtigen Analytiker der Globalisierung.

Insgesamt sind die vielfältigen Schriften Sternbergs von einer Uneindeutigkeit, die dem grundlegenden Zwiespalt in der Lehre von Marx entspricht: Auf der einen Seite ordnete er als revolutionärer Sozialist auch die Sphäre des Geistig-Kulturellen einem traditionell-marxistischen Verständnis von Klassenkampf unter, allerdings mit der besonderen Pointe der notwendigen Anleitung des Proletariats durch die wissenschaftlich gebildeten Intellektuellen. Auf der anderen Seite unterstrich Sternberg als demokratischer Sozialist immer wieder, dass das Kulturelle eine bedeutende und relativ selbstständige Rolle dabei spielt, die Ausbeutungsverhältnisse nicht zu verschleiern, sondern aufzudecken und zu bekämpfen. So stand Sternberg gewissermaßen dazwischen: Einerseits hielt er mehr, als es dem heutigen, stark soziokulturell geprägten Verständnis der Sozialen Demokratie entsprechen würde, am Marxschen Primat der Ökonomie fest. Andererseits war er ein undogmatisch-marxistischer Vordenker eines freiheitlichen Sozialismus, der sich immer wieder mit großer Offenheit auf empirische Entwicklungen und auf neue Fragen des Bewusstseinswandels einließ, die eben mehr sind als bloße

Phänomene des „Überbaus“, wovon beispielsweise auch seine differenzierte Faschismusanalyse zeugt.

Peter von Oertzen (1924–2008)

Als Professor für Politikwissenschaft und als sozialdemokratischer Spitzenpolitiker stand Peter von Oertzen dafür, dass „marxistische Gesellschaftsanalyse“ und „authentischer, ursprünglicher, freiheitlicher, wirklicher“ Sozialismus auch auf dem Boden des Godesberger Programms in der SPD möglich und willkommen waren. Für ihn war der Spannungsbogen typisch zwischen den libertär-rätedemokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung mit ihrer weitreichenden sozialistischen Zukunftsperspektive und dem Realismus einer sozialdemokratischen Reformregierung. Von Oertzen versuchte immer den Spagat zwischen der Reformpartei SPD und Bewegungen links von ihr, um die Sozialdemokratie anzutreiben, und weil ihm gleichzeitig eine progressive gesellschaftliche Mehrheit ohne Einbeziehung der SPD undenkbar erschien. Sein theoretischer Linkssozialismus verstand sich, anders als von rechter und konservativer Seite behauptet, als „Dritter Weg“ immer auch in klarer Abgrenzung zum kommunistischen „Realsozialismus“.

Peter von Oertzen wollte, auch in Anknüpfung an Rosa Luxemburg, die Gesellschaftsanalyse von Marx für die SPD nutzbar machen und der SPD linksreformistische Vorstellungen und antikapitalistische Perspektiven aufzeigen. Einer seiner wissenschaftlichen und politischen Bezugspunkte blieb die Rätedemokratie bzw. die Arbeiterselbstverwaltung als Erweiterung demokratischer Prinzipien in das Gebiet der Wirtschaft. Sein Sozialismusbegriff war durchaus noch mit Wirtschaftskontrolle, Vergesellschaftung, basisdemokratischer gesellschaftlicher Planung und Systemüberwindung verbunden. Wobei für ihn die Einheit von Demokratie und Freiheit jedes Einzelnen nie in Frage stand. Gleichzeitig hatte er als intellektueller Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik bedeutende politische Ämter inne. In Niedersachsen war er Kultusminister, zwei Jahrzehnte gehörte er dem SPD-Parteivorstand an und beeinflusste – vom Orientierungsrahmen '85 (1975) über das Berliner Grundsatzprogramm (1989) bis zur Programmreform SPD 2000 (1992) – sozialdemokratische Selbstverständigungsdebatten.

Sein Biograph Philipp Kufferath bilanziert: „Von Oertzen nutzte sein analytisches Denkvermögen vornehmlich, um Wahlergebnisse und Meinungsumfragen auszuwerten, das Verhältnis von Reform- und Revolution, Wissenschaft und Politik sowie Dimensionen von Rechts- und Wohlfahrtsstaat, Demokratie, Mitbestimmung und Sozialismus auszuloten sowie programmatische Grundsatzpositionen und konkrete

Konstellationen der verschiedensten Strömungen der Linken zu beschreiben.“ Doch das Spannungsverhältnis zwischen marxistisch begründeter langfristiger Utopie und der Praxis (der stets engen Spielräume des Regierungshandelns) ließ sich nicht so leicht auflösen. Nicht von ungefähr lautete der Titel der Festschrift zu seinem 65. Geburtstag „Soziale oder sozialistische Demokratie?“

Detlev Albers (1943–2008)

Vom Professor der Politikwissenschaft an der Universität Bremen, SPD-Landesvorsitzenden und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, bleibt nicht nur das studentische Jugendbild in Erinnerung, wie Detlev Albers 1967 bei der Rektoratsübergabe an der Universität Hamburg das Transparent „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ hielt. Albers war einer der in theoretischen Fragen wichtigsten Jungsozialisten der Stamokap-Strömung. Seit den frühen 1980er Jahren bis zu seinem Tod stammen von ihm viele programmatische Beiträge für die SPD, zuletzt in den Debatten um das Hamburger Grundsatzprogramm 2007. Er warb zeitlebens für eine „konsequent linke Politik“.

Albers war geprägt durch die österreichische Schule des wissenschaftlichen Sozialismus, den Austromarxismus, besonders von Otto Bauer, Max Adler und Rudolf Hilferding, die in Österreich bis zum Untergang der Demokratie 1934 und noch im Exil äußerst einflussreich war. Hilferding beschrieb in seinem Buch *Das Finanzkapital* bereits 1910 die Tendenz zur Monopolisierung des Kapitals und zum „geplanten Kapitalismus“, was sozialistische Wirtschaftsdemokratie ermögliche und den demokratischen Staat in die Lage versetze, in den Prozess der „Organisierung“, der „Vergesellschaftung“ und der „Planung“ der kapitalistischen Ökonomie einzugreifen. Der Austromarxismus kann wiederum als eine Art Vorgänger des Eurokommunismus der 1970er Jahre, besonders des PCI (Partito Comunista Italiano), gelten, den Albers in besonderem Maße im Rahmen seines Forschungsschwerpunktes europäischer linker Parteien übernahm. Es ging bei allen Differenzen dieser Variante eines „Dritten Weges“ um zweierlei: eine demokratische Alternative zum Sozialismus sowjetischer Prägung, denn die Initiierung der sozialen Revolution sei vom Erringen der absoluten Mehrheit im Rahmen der real existierenden parlamentarischen Demokratie abhängig; sowie um eine alternative sozialdemokratische Politik, die sich vom Reformismus abkehren und den Übergang zu einer revolutionären Entwicklung finden sollte. Der Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurde zwar letztlich für unausweichlich gehalten, dennoch wurde praktische Reformpolitik aller demokratischen Kräfte keineswegs abgelehnt, denn das revolutionäre Endziel sei erst erreichbar, wenn die für die Revolution notwendigen objektiven Verhältnisse herangereift seien.

Wieweit reformorientierte politische Praxis und „letztlich revolutionäre Gesellschaftsveränderung“, so Albers, aufeinander bezogen werden könnten, wieweit nicht doch ein, wie dann auch immer demokratisch herbeizuführender, Systembruch mit der Geschichte stattfinden sollte, blieb auch bei dem engagierten Sozialdemokraten Detlev Albers lange Zeit offen. Schließlich jedoch bezog auch er, etwa in einem gemeinsamen Text mit Andrea Nahles 2007, ganz im reformsozialistischen Sinne Stellung:

”

*Wir bekennen
uns zu der
unsere Geschichte
prägenden Idee des
demokratischen
Sozialismus.
Er ist kein Dogma
und beschreibt
keinen Endzustand,
sondern die Vision
einer freien,
gerechten und
solidarischen
Gesellschaft, für
deren Verwirklichung
wir auch weiterhin
eintreten.*

„Wir bekennen uns zu der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma und beschreibt keinen Endzustand, sondern die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiterhin eintreten.“

KLEINE ZWISCHENBILANZ

Ein intellektueller Linkssozialismus und demokratischer Marxismus kann dazu beitragen, sich des theoretischen Erbes der SPD zu versichern. Das Spannungsverhältnis zwischen langfristigen Perspektiven, die entwickelt werden müssen, und den vielfach begrenzten Reformmöglichkeiten der aktuellen Politik muss ausgehalten werden. Mehr noch das Spannungsverhältnis kann auch für die Tagespolitik furchtbar gemacht werden. In diesem Sinne sprach Andrea Nahles von der Notwendigkeit, „dass im Kleinen das Große sichtbar wird“.

Nur durch eine überzeugende langfristige Perspektive bleibt die SPD mit ihrer programmatischen, auch marxistisch geprägten Geschichte mehr als eine beliebige linksliberale Partei. Sie muss stets beides vereinen, den pragmatischen Gestaltungswillen und das wegweisende Denken: „Über-den-Tag-hinaus“. Die SPD bleibt immer für beides zuständig, für die schrittweisen Verbesserungen der Lebensverhältnisse und für den utopischen Überschuss über sie hinaus, für Systemkritik am Kapitalismus und die Sehnsucht nach einer neuen Gesellschaft der gleichen und freien Solidarität. Zu dieser besonderen Aura der SPD haben auch demokratisch-marxistische Vordenker wie Sternberg, von Oertzen oder Albers beigetragen.

Die Vorstellung von einer „ganz anderen“ Zukunftsgesellschaft kann freilich auch zum Problem werden, wie die Geschichte der Dogmatisierung des Marxismus zeigt. Illusionen eines revolutionären Sozialismus führen in die Irre, doch ist es die Vision der Vollendung einer sozialen Demokratie, aus der für viele Menschen, zumal jüngere, erst die Anziehung der Sozialdemokratie erwächst. Es wäre unklug und fatal, wenn sich die SPD nicht für linkssozialistische und demokratisch-marxistische Positionen, wie sie sich gegenwärtig wieder in der akademischen Mittelklasse, in universitären und kulturnahen Milieus entwickeln, offenhält, sondern sie der Linkspartei oder den Grünen überlässt.

6.

MARX IM DIGITALEN KAPITALISMUS

Als Marx geboren wurde, hatte Goethe gerade seine *Italienische Reise* veröffentlicht. Wer dort liest, wie mühsam sich der deutsche Dichter nach Italien bewegte – in unbequemen Postkutschen, jeweils tagelang unterwegs für ein paar Kilometer – der ahnt, dass Marx in einer ganz anderen Welt als der unsrigen lebte. Zwar war auch Marx' Zeit eine Zeit des radikalen technologischen Wandels. Die Industrialisierung veränderte nicht nur die Arbeitswelt, mit der Telegraphentechnologie wurde die Kommunikation schneller, die Eisenbahn ließ Entfernungen schrumpfen. Aber von Digitalisierung war zu Lebzeiten von Marx noch nichts in Sicht. Selbst ein kreativer Mensch wie er, der dem Kapitalismus fast alles zutraute, hat nicht ahnen können, wie sehr heute die Digitalisierung jeden Bereich unseres Lebens und Wirtschaftens umwälzt.

Die seit einigen Jahrzehnten in Gang befindliche digitale Revolution verändert die Gesellschaften weltweit tiefgreifend und in rasantem Tempo. Sie hat gravierende Auswirkungen auf nahezu alle Belange und Dimensionen der modernen Gesellschaft. Von der Arbeitswelt über die Lebenswelt, die Freizeitgestaltung und den öffentlichen Raum bis hin zu Politik und Privatsphäre pflügt sie die bestehenden Verhältnisse um und schafft neue Gegebenheiten, die in ihren Voraussetzungen und in ihren Konsequenzen für Arbeit, Gemeinwohl und Leben noch nicht angemessen verstanden, geschweige denn gestaltet und beherrscht werden. Sie übertrifft bei Weitem in ihrer ungestümen Macht und ihren durchdringenden Folgen die erste industrielle Revolution, die die europäische Arbeiterbewegung als Gegenmacht hervorgebracht hat, die auf ihre humane Gestal-

tung drängte und diese im Verlaufe des 20. Jahrhunderts auch weitgehend durchsetzen konnte. Heute werden Strategien von einer winzigen Gruppe libertär gesonnener Mega-Unternehmer in den USA erdacht und durchgesetzt, die rechtsstaatliche und demokratische Begrenzungen ignorieren und handeln, als seien ihre überdimensionierten Gewinninteressen die wahren utopischen Leitbilder für die Zukunft der Menschheit.

Die gewaltigen, ganz ungelösten Probleme von Big Data berühren die Grundwerte der Sozialen Demokratie zentral: Können Menschen die Kontrolle über ihr Leben und ihre Gesellschaft noch ausüben, wenn Daten regieren? Der Idee der Sozialisierung der Daten, nach der diese verschlüsselt in einer allgemein zugänglichen Datenbank lagern, und der Handel mit ihnen verboten ist (Evgeny Morozov) erscheint zukunftsweisend. Ein zeitgemäßer Datenschutz muss die Selbstbestimmung der Nutzer über die sie betreffenden Daten stärken. Das Recht auf Datensouveränität verlangt, dass jeder Mensch über die von ihm verursachten Daten auch selbst verfügen kann. Auch im Hinblick auf die Arbeitswelt wird die digitale Entwicklung die schon vorhandenen Ungleichheiten verschärfen und die gesellschaftliche Polarisierung vorantreiben. Wenn einem Großteil der Mittelklasse ohne eigenes Verschulden Arbeitslosigkeit oder die Entwertung der eigenen Berufsbiografie droht, wird sich der politische Druck bedrohlich erhöhen. Die Machtverhältnisse von Kapital und Arbeit werden sich im digitalen Kapitalismus verändern. Jeder, der über ein Smartphone mit Internetzugang verfügt, kann sich und seine Arbeitskraft auf Plattformen anbieten. Meist lehnen Plattformbetreiber jede rechtliche oder soziale Verantwortung vollständig ab. Wenn eine wachsende Anzahl von Menschen auf diese Weise ihre Arbeitskraft vermarktet, entsteht eine gewaltige digitale Reservearmee, durch keine territorialen Grenzen beschränkt, weltweit und rund um die Uhr verfügbar. Da der Schutz dieser Arbeitnehmer durch nationales Recht kaum greift und die gewerkschaftliche Organisation der Click- und Crowd-Worker höchst schwierig ist, steht die soziale Arbeitspolitik hier vor einer historisch neuen Herausforderung.

Was kann der epochale Deuter der ersten industriellen Revolution noch liefern für das, was heute, 150 Jahre später, als vierte industrielle Revolution beschrieben wird? Besitzt dieser Marx des 19. Jahrhunderts noch irgendeine Erklärungskraft für den gegenwärtigen digitalen Kapitalismus? Einen Kapitalismus, in dem digitale Technologien die Arbeits- und Produktionsprozesse tiefgreifend umgestalten?

Die Meinungen dazu sind vielfältig. Die einen fragen, ob das Marxsche Instrumentarium überhaupt noch passt im digitalen Kapitalismus. Ist der Waren-Begriff noch schlüssig, wenn gar keine konkrete Ware mehr greifbar ist? Kann man mit dem Verständnis, das Marx vom Tauschwert hatte, fassen, warum Menschen die Mitgliedschaft in ei-

nem sozialen Netzwerk wie Facebook gegen die Aufgabe der eigenen Privatsphäre tauschen? Welche Werte werden da gehandelt? Welches Produkt entsteht? Wie wird hier Produktivität gesteigert? Und fehlt es nicht an einer Marxschen Theorie des Wissens, um diesen wissensbasierten, digitalen Kapitalismus zu fassen?

Andere betonen, dass Marx und Engels nicht nur eine Beschreibung des Kapitalismus in ihrer Zeit geleistet, sondern die grundsätzlichen Funktionslogiken und Mechanismen des kapitalistischen Wirtschaftens erfasst haben, die auch über das 19. Jahrhundert hinaus aktuell bleiben. Kenner des Marxschen Werks verweisen darüber hinaus auf das „Maschinenfragment“. In diesem Text – einem kurzen Abschnitt in den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* – wird durchgespielt, was passiert, wenn die menschliche Arbeit immer unbedeutender wird, wenn in einem Prozess von zunehmender Automatisierung Maschinen und das in ihnen geronnene Wissen immer wichtiger werden, und in Entsprechung dazu die vom Arbeiter erbrachte Arbeit immer weiter abnimmt. Manche sehen in diesem Gedankenspiel einen Ausweis für die prognostische Kraft von Marx und seine Anwendbarkeit auch auf einen digitalisierten Kapitalismus, in dem die Automatisierung durch digitale Technologien immer weiter zunimmt.

Dritte schließlich glauben, dass der Kapitalismus mit der Digitalisierung an sein Ende gekommen sei. Paul Mason etwa geht in seinem Band *Post-Capitalism* davon aus, dass der Kapitalismus im digitalen Zeitalter seiner Funktionsmechanismen beraubt und an seine Stelle etwas Neues treten werde. Auch Jeremy Rifkin glaubt, dass mit dem Internet der Dinge und der Plattformökonomie etwas grundsätzlich Neues entstehe, der Kapitalismus bekannter Prägung sei schon bald Geschichte.

Für diejenigen aber, die den Kapitalismus noch nicht überwunden sehen und davon ausgehen, dass Marx auch für die gegenwärtige Form des Kapitalismus etwas zu sagen hat, ergeben sich mindestens drei produktive Anknüpfungspunkte an sein Denken, auch im Zeitalter eines digitalen Kapitalismus.

DIE ARBEIT BLEIBT, DIE AUSBEUTUNG AUCH, DIE ENTFREMDUNG ERST RECHT

Wenn es um die Zukunft der Arbeit im digitalen Kapitalismus geht, gibt es zwei Grundannahmen. Die erste Annahme lautet, dass es immer weniger Arbeit gäbe. Die zweite Annahme ist, dass diese Arbeit Ausdruck von Freiheit und Selbstverwirklichung ist, weil sie beispielsweise in hippen, dynamischen Unternehmen mit flachen Hierarchien stattfindet. Beide Annahmen sind aus unterschiedlichen Gründen falsch.

Bei Google arbeiten etwa 60.000 Menschen, bei VW hingegen 600.000. Der digitale Gigant schlechthin beschäftigt also nur zehn Prozent der Mitarbeiter, die bei einem der größten traditionellen Autokonzerne angestellt sind. Solche Vergleiche werden gerne gewählt, um aufzuzeigen, dass der digitale Kapitalismus an vielen Stellen mit ziemlich wenig Menschen im Sinne entlohnter Angestellter auskommt. Er scheint viel schlanker und menschenärmer zu operieren, als etwa klassische Industrien. Zwar sind menschliche Tätigkeiten auch für Google zentral, diese Leistungen werden aber in der Regel ohne Lohn durch Nutzer erbracht. Den Rest erledigt der Algorithmus. Menschliche Arbeit im klassischen Sinn wird immer weniger gebraucht. Zudem – so behauptet nicht nur die digitale Elite im Silicon Valley – wird diese Arbeit hier weniger als Ausbeutung denn als Selbstverwirklichung und Freiheitsausübung verstanden.

Aber, erstens geht die Arbeit nicht aus. Die schlanken Mitarbeiterzahlen der Silicon-Valley-Giganten verschweigen die hohe Anzahl derjenigen, die in ihrer Peripherie arbeiten und nicht unmittelbar zum Unternehmen gerechnet werden. Dazu gehören etwa vor- oder nachgelagerte Serviceeinheiten oder staatliche Forschungseinrichtungen. Darüber hinaus verbergen sich hinter den Unternehmen, die wir als digitale Einheiten begreifen, häufig Plattformen, die eine sehr viel größere Anzahl von Konsumenten und Anbietern zusammenführen, als sie beschäftigen. Bisher haben sich die Prognosen, dass der Arbeitskräftebedarf im digitalen Kapitalismus sinkt, nicht bestätigt.

Zweitens erleben wir im Zuge der Digitalisierung einen erheblichen Strukturwandel der Arbeit. Vieles spricht dafür, dass das, was Marx im „Maschinenfragment“ beschrieben hat, zutrifft: Es kommt durch die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung von Produktionsprozessen und auch durch die digitale Standardisierung von Servicevorgängen zu immer weniger individuellen Spielräumen des Einzelnen in diesem Prozess. Dadurch, dass Maschinen oder Algorithmen, in denen historisches Wissen geronnen ist, die Steuerung übernehmen, kommt es immer weniger auf das Wissen des Einzelnen oder auf seine Erfahrung an. Mehr noch: Seine Autonomie geht gegen Null. Die Entfremdung nimmt weiter zu. Selbstverwirklichung sieht anders aus.

Drittens ist eine Voraussetzung für das Funktionieren des digitalen Kapitalismus eine realweltliche Infrastruktur und technische Ausstattung, die in der realen Welt mit realen Menschen erbracht wird. Jedes Gerät, mit dem wir Teil des digitalen Kapitalismus werden, ist unter problematischen Bedingungen hergestellt worden. Die Bilder aus Kobaltminen im Kongo oder die Tatsache, dass die Mitarbeiter der Apple-Manufaktur Foxconn in ihrem Arbeitsvertrag unterschreiben müssen, nicht Selbstmord zu begehen, verweisen darauf, dass die Arbeitsbedingungen im digitalen Kapitalismus an vielen

Orten der Welt im 21. Jahrhundert ebenso so düster sein können wie im „Manchesterkapitalismus“ des 19. Jahrhunderts.

Im Anschluss an Marx bedeutet dies, dass die Auseinandersetzung mit Arbeit, die Reduktion auf Arbeit als eine bloße Ware wie jede andere und die problematische Entfremdung des Einzelnen gerade im digitalen Kapitalismus eine neue Aktualität gewinnt.

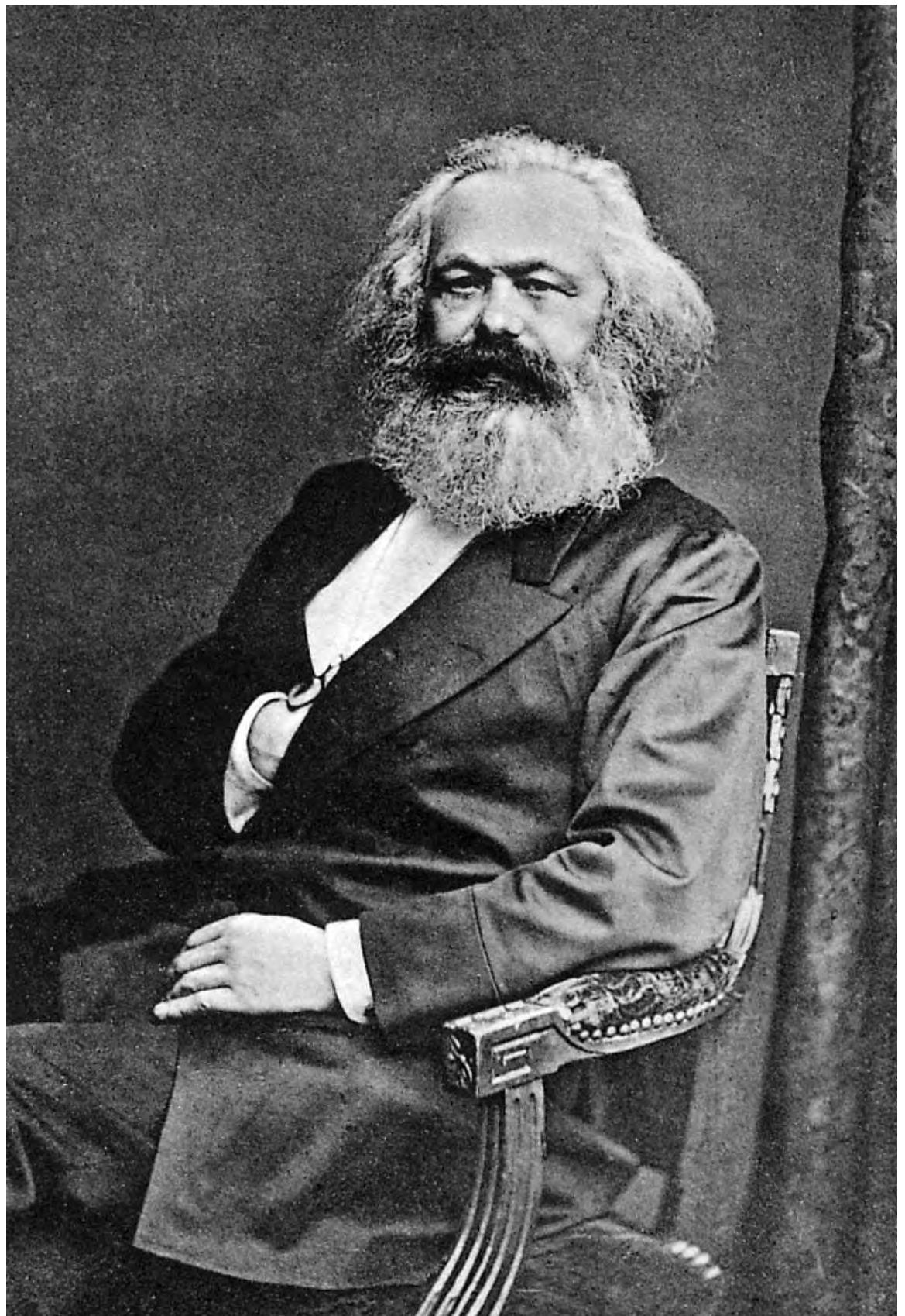
AM ENDE DENK ICH IMMER NUR AN DICH – KAPITALISMUS, GLOBAL

Ein technologischer Wandel alleine schafft noch keine neuen Produktionsverhältnisse. Nur weil sich die Produktionsprozesse und -techniken entwickeln, verändert sich noch nicht der Kapitalismus insgesamt. Das Reden über den digitalen Kapitalismus kann mithin irreführend sein, indem es vorgibt, dass etwas qualitativ grundsätzlich anderes entstanden sei als der Kapitalismus, den wir seit etwa 250 Jahren kennen.

Tatsächlich aber sind die digitalen Technologien, die unsere gegenwärtige Wirtschaftsform auszeichnen, durch die Mechanismen so bedeutsam geworden, wie Marx beschrieben hat: Das Streben nach Profit und höherer Produktivität führt im Konkurrenzkampf zu Innovation. Die grundlegenden kapitalistischen Mechanismen, die Marx und Engels beschrieben haben, bestehen also auch im digitalen Kapitalismus fort, die Analysekategorien – Privateigentum, Markt, Profit, Lohnarbeit – behalten ihre Bedeutung. Nur, wer das im Blick hat, kann den digitalen Kapitalismus verstehen und gestalten.

Bemerkenswert an der bisherigen Entwicklung der Digitalisierung ist aber, dass sich mit ihr eine besondere Mischung aus Monopolisierung und Globalisierung vollzieht. Monopole sind nicht neu, häufig haben sie allerdings auf der Ebene der Nationalstaaten gewirkt. Im Zuge der Digitalisierung erleben wir nun, dass sich einige „Quasi-Monopole“ herausgebildet haben, die nahezu weltumspannend sind. Das gilt für den Zugang zu Wissen für Google, für den Online-Handel gilt es für Amazon und Alibaba usw. Letztlich bestätigt auch dies die Marxsche Analyse, dass sich der Kapitalismus zunehmend transnational vollzieht und daher auch international eingeeht werden muss.

Am Ende geht es also nach wie vor schlicht um den Kapitalismus, allerdings in einem neuen Gewandt. Im Anschluss an Marx bleibt entscheidend, die Konfliktlinien und Triebfedern der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung zu fassen und sie nicht unter falschen Vorzeichen zu deuten. Und das sind weniger technologische Vor-



gänge, sondern ist die kapitalistische Profitorientierung. Diskussionen um Algorithmen-Ethik, Datenschutz oder Hatespeech sind wichtig, aber sie bleiben oberflächlich, wenn sie nicht auch die Profitmaximierung in den Blick nehmen, die diese Entwicklungen vorantreibt. Das Bewusstsein davon, dass es bei einigen technisch und abstrakt anmutenden Debatten am Ende einfach um den Kapitalismus geht, ist wichtig für die Entwicklung wirksamer Handlungsansätze.

„ALLES STÄNDISCHE UND STEHENDE VERDAMPFT“ – DIE NEUE LANDNAHME DES KAPITALISMUS

Ein Kennzeichen des digitalen Kapitalismus ist, dass er immer weitere Bereiche unseres Lebens durchdringt und damit auch das Privateste in seine ökonomische Verwertungslogik einbezieht. Der vertraute Austausch unter Freunden, der Aufbau einer neuen Partnerschaft, der Verleih eines Autos, oder die Überlassung eines Zimmers an Besucher für ein Wochenende – das, was man vielleicht vor zehn oder fünfzehn Jahren als etwas zutiefst Privates begriffen hätte, das sich jenseits des Marktes vollzieht, ist mit Hilfe digitaler Technologie Teil des kapitalistischen Systems geworden und funktioniert nun nach dessen Logik der Profitmaximierung. Für jede der genannten Verrichtungen könnte man mindestens eine Plattform benennen, die diese Tätigkeiten profitorientiert organisiert. Beispielhaft seien Facebook oder WhatsApp für den Austausch mit Freunden oder Airbnb für die Vermietung von Wohnungen genannt. Konkurrenz und Wettbewerbsorientierung haben sich so auch in den letzten Winkel zwischenmenschlicher Beziehungen eingeschlichen.

Diese neue Landnahme des digitalen Kapitalismus überwindet dabei auch physische Grenzen. Einerseits, indem sie weit über nationale Grenzen hinweggeht und mit ganz wenigen Ausnahmen eine wirklich globale Dimension entfaltet. Andererseits, indem sie kurz davorsteht, auch körperliche Grenzen zu überwinden. Es gibt schon jetzt erste Bereiche, in denen mit Chips im menschlichen Körper gearbeitet wird. Es wird in überschaubarer Zeit zu einer Inkorporation kapitalistischer Verwertungslogiken in den eigenen Körper kommen. Alles, was wir denken, fühlen und wissen, wird in Verwertungsprozesse integriert. Und ob das mit einem Smartphone geleistet wird, das wir Tag und Nacht bei uns tragen oder mit einem Chip in unserem Körper, der unmittelbar unsere Gehirnströme ausliest, ist nur ein gradueller Unterschied.

Mit Karl Marx lässt sich diese ständige Ausdehnung der Profitmaximierung erfassen: im Grunde keine Überraschung. „*Alles Ständische und Stehende verdampft*“ (Marx). Für politisches Handeln ist wichtig, dass mit dieser dynamischen Veränderung und Aus-

dehnung des Kapitalismus auch die Schutz- und Einhegungsmechanismen über den Haufen geworfen werden, mit denen vor allem die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie frühere Erscheinungsformen des Kapitalismus reguliert hatten. Es kommt also im Lichte von Marx heute darauf an, der neuen „Landnahme des Kapitalismus“ mit neuen Formen der Einhegung zu begegnen.

Der Kapitalismus scheint auch mit der Digitalisierung nicht am Ende zu sein – ganz im Gegenteil. Darum ist Marx, der vor 150 Jahren den Kapitalismus in seinen wesentlichen Dynamiken und Widersprüchlichkeiten erfasst hat, auch im globalen digitalen Kapitalismus von anhaltender Aktualität. Nicht im Sinne eines prognostischen Instruments, mit dem dessen Entwicklung vorhergesagt werden kann, und auch nicht im Sinne einer unmittelbaren politischen Handlungsanleitung, sondern als Analyseinstrument, das den Blick für die gesellschaftlichen und demokratischen Folgen des Kapitalismus schärft. Denn das steht außer Frage: Der digitale Kapitalismus verlangt einen hohen Preis von diejenigen, die in ihm arbeiten und leben. Er stellt die Demokratien vor neue Herausforderungen und ebenso die Mechanismen, mit denen der frühere, industrielle Kapitalismus sozial und demokratisch eingehegt wurde.

WAS BLEIBT FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE?

Was also bedeutet dieser digitale Kapitalismus für die Sozialdemokratie? Wie kann die Partei, die mit dem Marx der ersten Industrialisierung groß geworden ist, dessen Denken heute produktiv nutzen? Einige Wege sind denkbar, von denen die meisten allerdings nicht weit führen. Es würde weder langfristig der Popularität der Sozialdemokratie dienen, noch ihrem eigentlichen Anliegen, wenn sie Marx etwa auf eine romantische Erinnerung aus einer fernen Vergangenheit oder auf eine Popikone zur Steigerung der Beliebtheit der SPD bei einem kritischen, linken Milieu reduzieren würde. Es bliebe unglaublich, ihn zu Marketing-Zwecken für ein Jubiläum wieder hervorzukramen, ohne ihn in einen realen Bezug zur Programmatik und Praxis der Sozialdemokratie zu setzen.

Zugleich wäre es naiv, Marx als geschlossenes Gesamt(kunst)werk zu begreifen, dass allzeit Rat gibt. Zu widersprüchlich – das wurde schon deutlich gemacht – und zu ungeschlossen ist sein Werk, um als Bezugspunkt für alle Fragen des politischen Handelns dienen zu können. Auch seine Funktion als Motivator, die er über ein halbes Jahrhundert für die SPD eingenommen hat, kann heute so nicht mehr wirken. Die Hoffnung auf einen zwangsläufigen Sieg der Arbeiterklasse ist aus verschiedenen Gründen völlig aus der Zeit gefallen.

Was aber die Auseinandersetzung mit Marx und Engels auch heute für die SPD leisten kann, ist den Blick auf den Kapitalismus und seine hochgradige Ambivalenz zu schärfen. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hat sich – unter dem Eindruck der neoliberalen Dominanz und der programmatischen Verunsicherung nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus – das Verhältnis der SPD zum Kapitalismus verändert. Während sie sich vorher, auch im Anschluss an Marx, der produktiven Kräfte des Kapitalismus ebenso bewusst war wie der mit ihm einhergehenden Verwerfungen, hat sie sich um die Jahrtausendwende mehr und mehr auf die unkritische Befürwortung marktförmiger, kapitalistischer Mechanismen eingelassen. Das kapitalismuskritische Element, das in der SPD lange Zeit wirksam blieb und ihre Politik der sozialen Einhegung des Kapitalismus bestimmte, wurde verdeckt. „Marktsozialdemokratie“ ist die Zuschreibung, die Oliver Nachtwey dafür gefunden hat. Eine auch von Marx inspirierte, zeitgemäße Kapitalismuskritik kann einer der Ausgangspunkte für die programmatische Erneuerung der Sozialdemokratie sein, die nun zu Recht gefordert wird.

Nichts ist zeitlos, auch nicht die Marxschen Analysen und schon gar nicht das, was daraus gemacht wurde. Aber klar ist auch, dass es für eine zeitgemäße Gesellschaftspolitik heute einer gründlichen Analyse des Kapitalismus gerade auch in seiner digitalen Gestalt bedarf. Darin liegt die eigentliche Chance der aktuellen Auseinandersetzung mit Marx für die SPD.

7.

WIE WEITER MIT MARX?

Willy Brandt hat 1977 klargestellt: *„Was immer andere aus Marx gemacht haben mögen, für die Sozialdemokratie war es zu allen Zeiten das Streben nach Freiheit, nach Befreiung der Menschen aus Knechtschaft und unwürdiger Abhängigkeit, nach Selbstbestimmung und Gleichheit, was sie im Werk von Marx fanden und ihrem Handeln zugrunde legten.“*

Gleiche Freiheit in Solidarität ist auch heute die Leitidee des sozialdemokratischen Strebens. Darum rechnet die SPD auch in ihrem geltenden Grundsatzprogramm das Denken von Marx zu den grundlegenden Quellen ihres politischen Selbstverständnisses, aus der sie viele ihrer Leitfragen und immer noch wichtige Anregungen für deren Beantwortung schöpft. Brandt wusste aber auch und hat es vielfach beschrieben, um „auf der Höhe der Zeit“ zu sein, bedürfen die Marxschen Impulse der Weiterentwicklung aus neuen Quellen: Viele Wissenschaftler und Programmatiker haben seit der Zeit des Revisionismusstreits zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wesentlich zur Befähigung der Sozialdemokratie beigetragen, im Lichte neuer gesellschaftlicher Entwicklungen und praktischer Erfahrungen zwischen den bleibenden Grundimpulsen und (in einer sich verändernden Welt) den notwendigen Neuerungen zu unterscheiden.

Die programmatische Identität der Sozialdemokratie heute hat weiterhin viele starke Bezüge zu den Ideen von Marx. Dazu gehören zentrale Fragen wie die nach der Überwindung der menschlichen Entfremdung, nach den Bedingungen von Solidarität und Autonomie aller Menschen, nach der Würde in der Arbeitswelt; die Kritik der sozial-ökonomischen Ungleichheit und der Dominanz der Logik des Kapitals mit seinem rücksichtslosen Profitstreben; eine weltgesellschaftliche Sichtweise; das Verständnis der inneren Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Krisen, die Notwen-

digkeit der Transformation des Kapitalismus mittels Durchsetzung der Logik der sozialen Voraussicht und Rücksichtnahme; und dazu gehört vor allem die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Aber eine dogmatische Monopolstellung der Marxschen Theorie oder gar ihre Kanonisierung kann es nicht mehr geben. Ihre gemäßigten, reformorientierten Lesarten (von August Bebel, Karl Kautsky, Eduard Bernstein und Rudolf Hilferding bis zu zeitgenössischen Autoren) haben eigene Traditionen begründet für die jeweils zeitgemäße Aktualisierung des Marxschen Erbes in der Sozialdemokratie – mit bleibender Bedeutung. Eine weltanschauliche Rolle als übergreifende Sinnstiftung und historische Siegesgewissheit aus den „Gesetzen der Geschichte“ kann der Marxismus in einer Partei des weltanschaulichen Pluralismus nicht länger spielen. Zukunftsglauben, Fortschrittshoffnung und Kampfeswillen für die Verwirklichung der sozialen Demokratie speisen sich in der SPD heute aus vielen Quellen, dazu gehören neben der in diesem Sinne relativierten Lehre von Marx vor allem der ethische und der christliche Sozialismus.

Dazu gehört heute der Kampf um die Erhaltung der natürlichen Grundlagen der menschlichen Zivilisation. Auch er verlangt die Überwindung der Vorherrschaft der Kapitallogik durch demokratische Politik. Daher hat Marx als einer der ersten Sozialisten die entscheidende Mahnung formuliert: *„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle Gesellschaften zusammen, sind nicht Eigentümer der Erde, sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als ‚boni patres familias‘ den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“*

Heute, im Übergang zum digitalen Kapitalismus und als Folge der unbeherrschten Globalisierung und Schwächung der sozialen Regulation des Kapitalismus, gewinnen die wichtigsten „alten Fragen“ der Marxschen Kapitalismuskritik unerwartet an Aktualität. Sogar die in ihren problematischsten Folgen überwunden geglaubte gesellschaftliche Klassenteilung kehrt in modernisierter Form zurück. Sie resultiert aus der Kombination alter und neuer sozio-ökonomischer und kultureller Konfliktlinien und fordert die Sozialdemokratie auf neue Weise existenziell heraus. Zur wieder in empörendem Ausmaß wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheit treten neue sozial-kulturelle Konflikte zwischen den an einer weitgehenden Öffnung der Gesellschaft interessierten „Kosmopoliten“ aus der privilegierten neuen Mittelklasse und den vor allem auf den Schutz ihrer Lebens- und Arbeitswelt zielenden „Kommunitaristen“ aus der neuen Unterklasse hinzu. Diese Klassenspaltung im globalen und digitalisierten Kapitalismus ist komplexer als die von Marx beschriebene des ursprünglichen Industriekapitalismus.

Aber auch wenn dieser neue Kapitalismus sich vom alten über die neue Klassenbildung in Vielem unterscheidet, auch in den vorherrschenden Technologien und der Rolle des demokratischen Staates, behält die Marxsche Analyse der Wirkungsweise der Logik des Kapitals und der Folgen ihrer Dominanz für die ganze Gesellschaft beträchtlichen Orientierungswert sowohl für das Verständnis dieser Entwicklungen wie auch für die sozialdemokratischen Antworten auf sie. Darum kann heute ein differenzierter Bezug auf Marx einem zeitgemäßen Narrativ der SPD nur guttun, auch wenn damit immer ein historischer Überschuss über die Gegenwart verbunden bleibt.

Der Historiker der Arbeiterbewegung und Marxkenner Jürgen Kocka hat daran erinnert, dass der „symbolische Mehrwert“ des kritischen Rückverweisens auf Marx auch dort von Bedeutung ist, wo sich daraus kein unmittelbarer Nutzen für die Tagespolitik ergibt. Eine erfolgversprechende Politik der sozialen Demokratie, die sich große Ziele zu setzen vermag, ihre Anhänger mobilisieren kann und in der Gesellschaft Begeisterung zu wecken versteht, braucht über ihr Tagesprogramm hinaus einen realitätsbezogenen utopischen Überschuss. Dazu gehört die Sinn und Gemeinschaft stiftende Überzeugung, dass eine bessere Welt möglich ist, und dazu gehört der Stolz auf die eignen historischen Leistungen, dazu gehört auch der lebendige Bezug auf die bedeutenden geistigen und politischen Führungspersonen, in denen sich die Ideen der sozialen Demokratie und ihre Kämpfe symbolisch verkörpern.

”

*alle Verhältnisse
umzuwerfen, in
denen der Mensch
ein erniedrigtes,
ein geknechtetes,
ein verlassenes
und verächtliches
Wesen ist.*

Und es gehört dazu: Karl Marx mit seinem humanistischen Imperativ, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes und verächtliches Wesen ist.*“

8.

LITERATURAUSWAHL

Für weitergehende Marx-Lektüre empfehlen wir auch die Literaturhinweise in den nachstehenden Werken zu beachten, besonders die Bibliografien in den genannten Büchern von Krätke, Hosfeld und Neffe. – Für die Wissenschaft ist das Studium der Originalschriften sicher unerlässlich: in den ab 1956 vom DDR-Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebenen 44 „blauen Bänden“ der MEW (Marx-Engels-Werke), oder noch besser in der weniger einseitigen, allerdings immer noch nicht vollständigen, auf 114 Bände angelegten, MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe), die die historisch-kritische Edition aller Veröffentlichungen, der nachgelassenen Manuskripte und Entwürfe sowie des Briefwechsels von Marx und Engels enthält.

Iring Fetscher: *Marx. Eine Einführung*, Neuauflage Berlin 2018.

Helga Grebing, Klaus-Jürgen Scherer (Hg.): *Streiten für eine Welt jenseits des Kapitalismus*. Fritz Sternberg – Wissenschaftler, Vordenker, Sozialist, Paderborn 2017.

Rolf Hosfeld: *Karl Marx. Philosoph und Revolutionär – Eine Biografie*, München 2018.

Klaus Körner: *Karl Marx (dtv portrait)*, München 2008.

Michael R. Krätke: *Kritik der politischen Ökonomie heute*. Hamburg 2017.

Christian Krell (Hg.): *Vordenkerinnen und Vordenker der sozialen Demokratie. 49 Portraits*, Bonn 2015.

Philipp Kufferath: *Peter von Oertzen 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie*, Göttingen 2017.

Wilhelm Liebknecht: *Karl Marx zum Gedächtnis. Ein Lebensabriß und Erinnerungen*, Nürnberg 1896.

- Paul Mason:** *Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie*, Berlin 2016.
- Karl Marx:** *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Neue Textausgabe, Herausgeber Thomas Kuczynski, Hamburg 2017.
- Karl Marx und Friedrich Engels:** *Das Kommunistische Manifest* (Manifest der Kommunistischen Partei). Thomas Kuczynski: Von der Erstausgabe zur Leseausgabe. Mit einem Editionsbericht. (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus. 49), Trier 1995.
- Franz Mehring:** *Karl Marx. Geschichte seines Lebens*. Leipzig 1918.
- Thomas Meyer:** *Der Zwiespalt in der Marx'schen Emanzipationstheorie. Studie zur Rolle des proletarischen Subjekts.*, Kronberg/Ts. 1973.
- Thomas Meyer:** *Bernsteins konstruktiver Sozialismus*. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1977.
- Thomas Meyer:** *Theorie der sozialen Demokratie*, Wiesbaden 2005.
- Thomas Meyer:** *Sozialismus. Lehrbuch*, Wiesbaden 2008.
- Christina Morina:** *Die Erfindung des Marxismus. Wie eine Idee die Welt eroberte*, Berlin 2017.
- Oliver Nachtwey:** *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden 2009.
- Jürgen Neffe:** *Marx. Der Unvollendete*, München 2017.
- Oskar Negt:** *Kant und Marx. Ein Epochengespräch*, Göttingen 2005.
- Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 10/2017:** *Marx reloaded*, Bonn 2017.
- Thomas Piketty:** *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.
- Jeremy Rifkin:** *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*, Frankfurt, New York 2015.
- Uli Schöler:** *Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Staatssozialismus*, Bonn 1999.
- spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft** Heft 224, 200 Jahre Marx, Dortmund 2018.
- S. Gareth Stedman Jones:** *Karl Marx. Die Biographie*, Frankfurt a. M. 2017.
- Thomas Steinfeld:** *Herr der Gespenster. Die Gedanken des Karl Marx*, München 2017.
- Wolfgang Wippermann:** *Der Wiedergänger. Die vier Leben des Karl Marx*, Wien 2008.

9.

AUTOREN

Dr. Christian Krell (Jahrgang 1977) hat in Siegen und York Politik, Geschichte, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften studiert. 2007 promovierte er zur Europapolitik sozialdemokratischer Parteien. Er ist Direktor des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung für die nordischen Länder mit Sitz in Stockholm. Von 2006 bis 2016 leitete er die Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er ist Lehrbeauftragter der Universität Bonn und Mitglied der Grundwertekommission der SPD.

Prof. Dr. em. Thomas Meyer (Jahrgang 1943) studierte in Frankfurt Philosophie, Politikwissenschaften und Deutsche Literatur. Er promovierte 1973 zur Marx'schen Emanzipationstheorie, 1977 folgte die Habilitation. Er war Professor für Politikwissenschaft an der TU Dortmund, ist Mitglied im Lehrkörper der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und Chefredakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte“.

Dr. Klaus-Jürgen Scherer (Jahrgang 1956) hat an der FU Berlin Politik studiert, promovierte über „Jugend und soziale Bewegung“. Er war 25 Jahre beim SPD-Parteivorstand beschäftigt, von 2000 bis 2015 als Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie, er ist Redakteur der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus.



*Jeder Schritt
wirklicher Bewegung
ist wichtiger
als ein Dutzend
Programme.*

